

Guido Nischwitz, Reimar Molitor, Silvia Rohne

Local and Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung

Schriftenreihe des IÖW 161/02



Guido Nischwitz, Reimar Molitor, Silvia Rohne

Local and Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung

Schriftenreihe des IÖW 161/02
Berlin, Februar 2002, ISBN 3-932092-61-9

Das Sondierungsprojekt wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des sozial-ökologischen Forschungsprogramms unter dem Förderkennzeichen 07 SOE 21 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autoren.



IÖW gGmbH Geschäftsstelle
Potsdamer Straße 105
D-10785 Berlin

Tel. +49.(0)30.884 59 40
Fax +49.(0)30.882 54 39
mailbox@ioew.de

IÖW-Regionalbüro
Nordrhein-Westfalen
Völklinger Straße 9
D-42285 Wuppertal

Tel. +49.(0)202.8 05 30
Fax +49.(0)202.8 34 02
mailbox@wuppertal.ioew.de

Zusammenfassung

Der dynamische Wandel von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft verändert die Bedingungen, Kapazitäten und Fähigkeiten einer Steuerung räumlicher Entwicklung. Im Zusammenspiel mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ergeben sich im politisch-räumlichen Mehrebenensystem neue Rahmenbedingungen, die mit einem Auseinanderfallen der sozial-ökologischen Problem- und Steuerungsebenen einhergehen. Vor diesem Hintergrund werden Steuerungskompetenzen, -fähigkeiten und -kapazitäten räumlich und politisch neu gefasst.

Die vorliegende Sondierungsstudie „Local und Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung“ widmet sich der lokal-regionalen Handlungsebene, die eine deutliche Aufwertung erfährt. Diese beobachtbaren Aktivitäten sind durch ein neues Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung, von Kooperation und ziviler Selbstorganisation sowie durch neue oder modifizierte Kommunikations- bzw. Steuerungsmuster gekennzeichnet.

Im Rahmen der Studie rückt das Suchen, Beschreiben und Aufbereiten übertragbarer Steuerungs- und Handlungsansätze zur praktischen Unterstützung von Transformationsprozessen zwischen Akteuren und Regionen in den Vordergrund. Gemäß der im Rahmen der Studie durchgeführten internationalen Expertenbefragung, bietet sich Governance als ein unterstützendes Instrument für integrative Ansätze einer nachhaltigen Raumentwicklung an.

Abstract

Dynamic changes of the economy, environment and society strongly modify the conditions, capacities and activities to steer the spatial development. Combined with the model of sustainable development, deep changes occur in a political multi-level system, linked to the socio-ecological and steering systems. In view of this, the regulation competence, capacity and ability are arranged in new ways. The current sounding-study "Local und Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung" (Local and Regional Governance for a sustainable Development) dedicates to the local and regional structures who experience a strong revaluation. These activities are characterized by a new understanding of social development, cooperation and civil self-organisation as well as by new and modified models of communication and regulation. The study places special emphasis on search, descriptions and adaptation of applicable regulation and approaches for a practical support of transformation processes between actors and regions. In accordance with the international expert consultation carried out for the study, Governance presents itself as a supporting instrument for an integrative approach of a sustainable spatial development. Parallel to the examination of assets and potentials, the limits and risks of Governance will also be identified.

Die AutorInnen

Dr. Guido Nischwitz leitet das Forschungsfeld „Regionale Wirtschaftspolitik / Nachhaltige Regionalentwicklung“ am IÖW, Regionalbüro Nordrhein-Westfalen.

Dr. Reimar Molitor war von 1997 bis 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter am IÖW (Regionalbüro NRW) und ist seit 2001 für das Regional- und Projektmanagement in der Regionale 2006 Agentur im Bergischen Städtedreieck verantwortlich.

Dipl. Geographin Silvia Rohne ist seit 2000 freie wissenschaftliche Mitarbeiterin am IÖW, Regionalbüro NRW.

Kontakt: Dr. Guido Nischwitz; Tel.: +49 - (0)202- 805 30
E-Mail: guido.nischwitz@wuppertal.ioew.de

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1 Ausgangslage	1
1.1 Governance – neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Steuerung?	2
1.2 Was macht Local und Regional Governance aus?	4
1.3 Bezüge zum sozial-ökologischen Rahmenkonzept des BMBF	7
2 Vorgehensweise	11
3 Erste inhaltliche Beschreibung von Local und Regional Governance	14
4 Praxisbeispiele von Local und Regional Governance	18
4.1 Bergisches Städtedreieck	18
4.2 Steirisches Vulkanland (Österreich)	21
5 Praxisbeispiele für neue Steuerungsformen und ihre Bedeutung für die sozial-ökologische Forschung	24
6 Stärken und Schwächen des derzeitigen Forschungsstandes	27
6.1 Zusammengefasste Forschungsergebnisse der Expertenbefragung.....	29
7 Spezifischer Beitrag des Sondierungsprojektes für die sozial-ökologische Forschung	33
8 Zusammenfassung der Ergebnisse	34
9 Summary of the project results	37
10 Literatur	41

Abbildungs-, Karten- und Übersichtsverzeichnis

Abb. 1: Verknüpfung räumlich-politischer Handlungsebenen für Regional Governance	5
Abb. 2: Zeitachse nachhaltiger Raum- und Regionalentwicklung	5
Abb. 3: Integration und Governance für nachhaltige Entwicklung	9
Abb. 4: Arbeitsablauf im Sondierungsprojekt	12
Abb. 5: Neukonstellation und Vernetzung regionaler Akteure	15
Abb. 6: Organigramm des Vereins zur Förderung des Steirischen Vulkanlandes	22
Karte 1: Herkunft befragter Experten in Deutschland und Europa	13
Übersicht 1: Stärken und Schwächen des Forschungsstandes und der Interpretation von Local und Regional Governance	28

1 Ausgangslage

Die Beziehungen der Menschen zu ihrer natürlichen, räumlichen und gesellschaftlichen Umwelt unterliegen tiefgreifenden Veränderungsprozessen. Der dynamische Wandel von Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt verändert dabei die Bedingungen für eine Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung grundlegend. In einem Spannungsfeld von Globalisierungs- und Regionalisierungstendenzen entsteht Druck auf die verschiedenen Regelungssysteme.

Insbesondere die wirtschaftliche Globalisierung führt zu einem Bedeutungszuwachs von Steuerungseigenschaften des Marktes und von transnationalen Unternehmen. Ökologische „Nebenfolgen“ dieser Globalisierung und komplexe, nicht eindeutig zuweisbare Verursacher- und Schadensmuster erfordern übergreifende Lösungsaktivitäten. Gleichzeitig sind gesellschaftspolitische und wirtschaftliche Prozesse der Subsidiarisierung, Dezentralisierung und Regionalisierung auf europäischer und nationaler Ebene unverkennbar.

Die Vielzahl der in Deutschland und in Europa beobachtbaren lokalen und regionalen Aktivitäten erfordert ein neues Verständnis von gesellschaftlicher Entwicklung, die mit einer Veränderung von Kommunikations- bzw. Steuerungsmustern auf verschiedenen räumlichen Ebenen einhergeht. Die beteiligten Akteure handeln verstärkt auf der globalen (z.B. Klimaschutz-Konferenzen, WTO-Verhandlungsrunden) und auf der lokal-regionalen Ebene (z.B. Agenda 21-Prozesse, Regionale Entwicklungskonzepte).

Ein zentraler Impuls für diese Entwicklung ist das Auseinanderdriften der Problem- und Steuerungsebenen: die Problemlösungs- und Steuerungsfähigkeit sowie die Regelungskapazität der einzelnen Nationalstaaten nimmt ab. Den komplexen, miteinander verknüpften sozial-ökologischen und ökonomischen Problemlagen und Zielkonflikten begegnet man in der Regel noch mit spezifischen Lösungsansätzen, die in sektoralen Zugängen und bestehenden administrativen Konstrukten verhaftet bleiben. Dabei erweisen sich herkömmliche und damit insbesondere staatliche Regelungsmechanismen als immer weniger geeignet und in der Lage, die Herausforderungen zu bewältigen (vgl. BBR 2000; Nischwitz / Molitor 2000; Molitor / Nischwitz 2002a, b).

Vor diesem Hintergrund erfahren verstärkt die Regelungsformen Markt und Netzwerke / Zivilgesellschaft sowie deren Zusammenspiel mit hierarchischen Systemen eine politische Aufwertung. Es zeigt sich allerdings, dass neue Steuerungsformen und -prozesse vorrangig für die globale Ebene in Deutschland breit thematisiert werden (Messner 2000; Petschow 2001; Zürn 1998). Eine Aufarbeitung und Diskussion für die räumlichen Ebenen von Stadt und Region ist demgegenüber erst in Ansätzen sichtbar (BBR 2000; Fürst 2001; Molitor / Nischwitz 2002a; Nischwitz / Molitor 2001).

1.1 Governance – neue Möglichkeiten gesellschaftlicher Steuerung?

Im Zusammenspiel mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ergeben sich im politischen Mehrebenensystem spürbare Verschiebungen, in denen die Steuerungskompetenzen und -fähigkeiten räumlicher, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Entwicklung neu gefasst werden. Auf die damit einhergehende Aufwertung verschiedener räumlicher Handlungsebenen (v.a. die Raumebene Region) ist bereits hingewiesen worden.

Im Rahmen dieses Entwicklungsprozesses treten neue Steuerungsformen auf, die in der gesellschaftspolitischen Diskussion zunehmend mit dem Begriff *Governance* besetzt werden. Ähnlich wie bei *Nachhaltigkeit* existiert dabei eine große Anzahl unterschiedlichster Definitionen und Anwendungen.

Das heutige Verständnis von Governance wurde wesentlich durch das internationale Expertengremium 'Commission on Global Governance' geprägt, das sich Anfang der 90er Jahre zur Aufgabe gemacht hatte, „die Möglichkeiten der Ausgestaltung eines effektiveren Systems der Weltsicherheit, der nachhaltigen Entwicklung und der universellen Ausbreitung der Demokratie [...] auszuleuchten“ (Commission on Global Governance 1995). Von daher war Governance in der gesellschafts- und politikwissenschaftlichen Diskussion zunächst auf die globale und internationale Regelungsebene beschränkt. Der Begriff Governance selbst wurde allgemeingültiger definiert:

„Governance ist die Gesamtheit der zahlreichen Wege, auf denen Individuen sowie öffentliche und private Institutionen ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln. Es handelt sich um einen kontinuierlichen Prozess, durch den kontroverse oder unterschiedliche Interessen ausgeglichen werden und kooperatives Handeln initiiert werden kann. Der Begriff umfasst sowohl formelle Institutionen und mit Durchsetzungsmacht versehene Herrschaftssysteme als auch informelle Regelungen, die von Menschen und Institutionen vereinbart oder als im eigenen Interesse angesehen werden“ (Stiftung Entwicklung und Frieden 1995).

„Im Gegensatz zu ‚Regierung‘ ist ‚governance‘ nicht so sehr durch spezifische Strukturen charakterisiert, sondern vielmehr durch eine Reihe von Praktiken und Verfahrensweisen. Governance ersetzt nicht Regierung, sondern ergänzt sie.“ (Uwe Holtz auf einer Tagung von SEF und VENRO 1998, www.ifr-ev.de/jahrestagung/tagung2000-ag1.htm).

Das Weißbuch „Good Governance“ der Europäischen Kommission lässt sich lesen „(...)als Reformangebot der Kommission, (...), als Versuch von Deregulierung und Abdankung von öffentlichen Institutionen zugunsten privater Akteure, als Öffnung staatlicher Institutionen gegenüber der Zivilgesellschaft, als Versuch der Erarbeitung modernerer (themen- und ebenenübergreifenden) Politikverfahren“ (DNR 2001; European Commission 2001b).

Governance wird inzwischen in sehr verschiedenen wirtschaftlichen, politischen und räumlichen Bezügen diskutiert: *Corporate Governance*, *Good Governance*, *Sustainable Governance*, *Global Governance* oder auch *Local and Regional Governance*. Darüber hinaus wird Governance auch als politisch-strategischer Reformansatz, als normative Orientierung für politisches Handeln oder als heuristisches, begriffliches Instrumentarium definiert (Brand et. al 2000; De Schutter et. al 2001; European Commission 2000, 2001a, b).

Zentrale, oft wiederkehrende Elemente der Diskussion um das Konzept „Governance“ und seiner Umsetzung sind:

- die Neugestaltung der Interaktion zwischen Staat, Wirtschaft und Netzwerke / Zivilgesellschaft
- die Bestimmung von gemeinsamen Entwicklungsleitbildern („common grounds“)
- der Paradigmenwechsel von einem relativ statischen „Lenken von Entwicklung“ hin zu einem dynamischen „Initiieren und Formen von Entwicklung“.

Die genannten Elemente finden ihre Umsetzung unmittelbar auf den Raumebenen Stadt / Gemeinde und Region.

Local and Regional Governance ist ebenso wie Global Governance „ein dynamischer Prozess der Entscheidungsfindung mit vernetzten Interaktionen im Spannungsfeld zwischen Staaten“ [...], Regionen, multinationalen/regionalen Institutionen, globalisierter Wirtschaft und Finanzwelt, Medien und Zivilgesellschaft“ (www.ifr-ev.de...).

Die Zusammenhänge zwischen Global und Local / Regional Governance sind evident, denn die Spanne zwischen den Bedürfnissen der Menschen auf lokaler Ebene und den global zu beobachtenden Entwicklungstrends muss durch regionale Komponenten überbrückt werden ([/www.ifr-ev.de](http://www.ifr-ev.de)...). „Regional Governance ist ein Baustein innerhalb von Global Governance. In Europa ist diese Instanz die sich erweiternde Europäische Union“ (a.a.O.).

Im vorliegenden Sondierungsprojekt wird von den Autoren Governance als ein Instrument verstanden, das für eine Verknüpfung der drei zentralen Steuerungsformen Hierarchie, Markt und Netzwerke / Zivilgesellschaft steht. Governance umfasst somit jene institutionellen und gesellschaftlichen Strukturen, Politiken, Entscheidungsprozesse, formelle sowie informelle Regelungen, die sich auf die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den Themen Macht, Entscheidung und Partizipation konzentrieren (United Nations 1997). Im Gegensatz zum enger definierten staatlichen Steuerungs begriff Government *öffnet* bzw. *eröffnet* Governance durch seine bewusste Unschärfe und Offenheit neue Möglichkeiten der Steuerung gesellschaftlicher und insbesondere auch nachhaltiger Entwicklung.

1.2 Was macht Local und Regional Governance aus?

Im Vergleich mit der mehr wirtschafts- und umweltpolitisch orientierten Diskussion um Corporate oder Global Governance gewinnt der räumliche und damit der integrative Bezug erst in den vergangenen Jahren an Bedeutung (vgl. Abb. 1 und 2). Dabei kristallisiert sich insbesondere die regionale Handlungsebene als zentrale Kategorie für eine Operationalisierung und Umsetzung von Governance heraus: Regional Governance als ein Instrument zur Implementierung eines strategischen Prozesses in Richtung Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Transformation. Verbunden ist dies mit einer Macht- und Kompetenzverschiebung im Bereich der Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung.

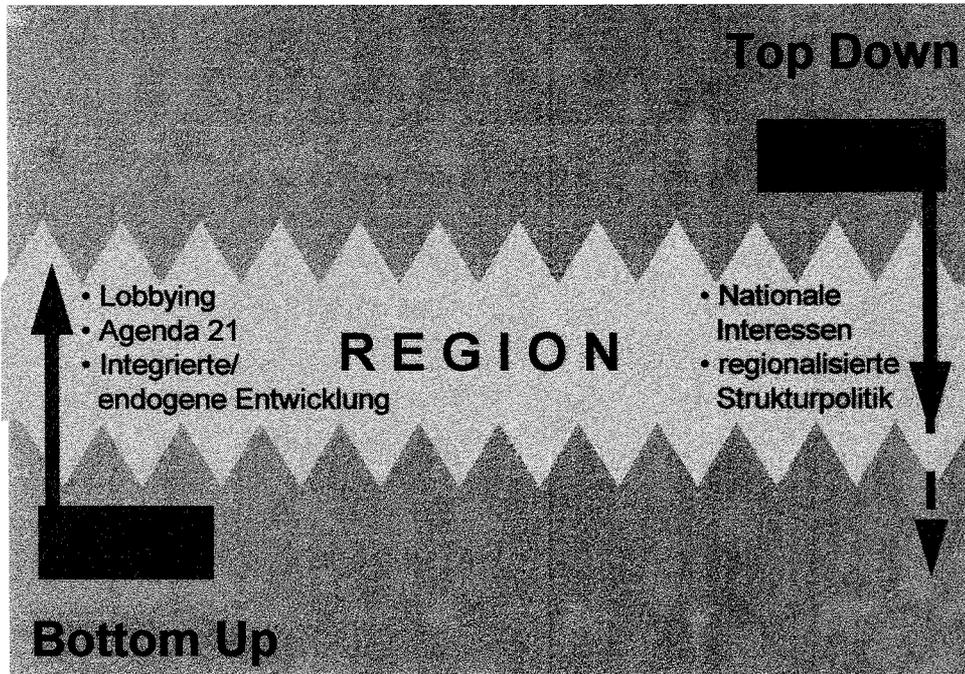
Damit orientiert man sich an den vielfältigen Bemühungen nach der Konferenz von Rio 1992 das Leitbild der *Nachhaltigen Entwicklung* (BMU 1992) auf den subnationalen Raumebenen Kommune / Stadt sowie Region inhaltlich zu schärfen und umzusetzen.

Gerade auf der regionalen Ebene haben sich im Laufe der neunziger Jahre sowohl modifizierte als auch neue Formen politisch-institutioneller Steuerung, kooperativer Regelungsstrukturen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation entwickelt (vgl. BBR 2000, Molitor / Nischwitz 2002\$). Eine Ursache hierfür sind bottom-up Ansätze und Aktivitäten im Rahmen von Agenda 21-Prozessen, Netzerkennungen und neuen Kooperationsformen von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft innerhalb regionaler Entwicklungsprozesse.

Mit etwas Zeitverzug hat der politisch-administrative Bereich auf diese „Problemlösungsaktivitäten von unten“ reagiert. Im Zuge eines sich verändernden Steuerungsverständnisses werden seitens der Europäischen Union und der Nationalstaaten die Gestaltungsspielräume für die lokale und regionale Ebene erhöht und flexibilisiert. Dies wird v.a. durch das neue Instrument „Wettbewerbe“ forciert, welches versuchsweise Handlungsspielraum für neue Lösungsansätze und Machtkonstellationen einer Regional Governance schafft (vgl. die Wettbewerbe des BMBF „InnoRegio“ www.innoregio.de, des BBR „Regionen der Zukunft“ www.zukunftsregionen.de und des BMVEL „REGIONEN AKTIV“ www.modellregionen.de).

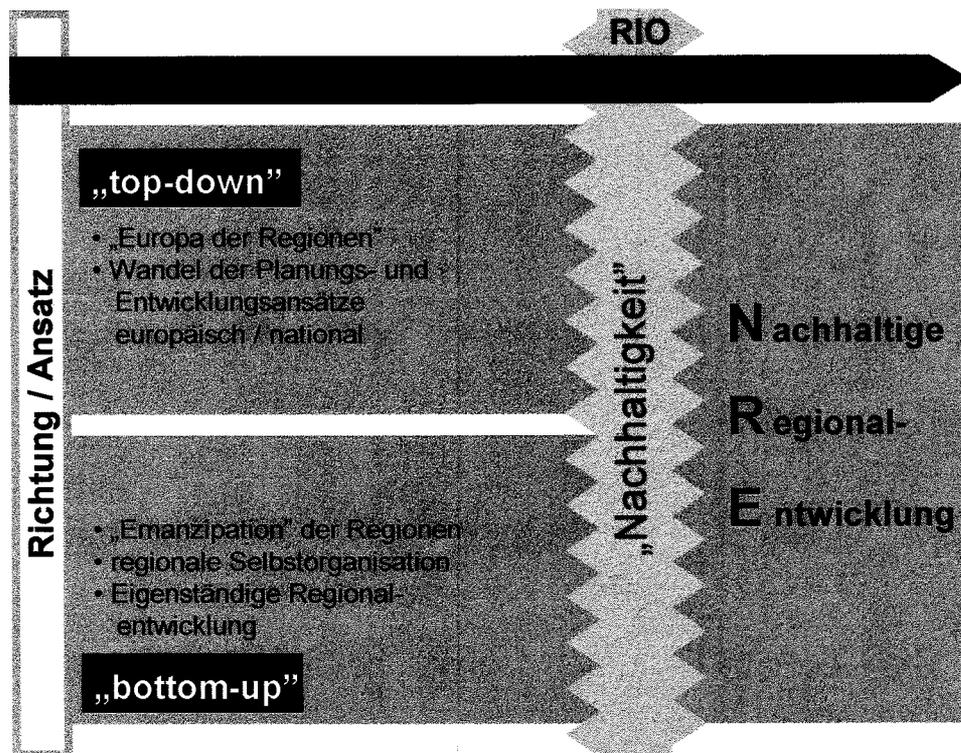
Die damit einhergehende Prozess- und Akteursorientierung sowie eine flexible, teils projekt- und themenbezogene Definition von Regionen (z.B. die Bildung von thematischen Regionen bzw. Regionen auf Zeit) befördern den Aufbau von erst in Ansätzen erkennbaren Governancestrukturen. Vergleichbar ist diese Entwicklung mit zeitlich befristeten Governanceformen im Rahmen der „area policy“ in den Niederlanden. Es entstehen neue Akteurskonstellationen und Organisationsformen bzw. Institutionen, die u.a. bürgerschaftliches Engagement und eine neue unternehmerische Kultur der Wirtschaft für eine regionale Entwicklung verknüpfen. Beispiele hierfür sind v.a. regionale Entwicklungsgesellschaften oder Regionalagenturen, die neben die klassischen „Entwicklungsinstitutionen“ und Instrumente treten (vgl. die Praxisbeispiele im Kap. 4).

Abb. 1: Verknüpfung räumlich-politischer Handlungsebenen für Regional Governance



Quelle: IÖW

Abb. 2: Zeitachse nachhaltiger Raum- und Regionalentwicklung



Trotz einer Vielzahl von Arbeiten zu inhaltlichen Einzelthemen wie Kooperation, Netzwerke und Kommunikation sowie der ausführlichen Beschreibung von Fallbeispielen nachhaltiger Entwicklungsstrategien blieb bislang der entscheidende Schritt zur strategischen Etablierung einer regionalen Governance weitestgehend aus. Es fehlt die Bestimmung der Möglichkeiten und Grenzen der Operationalisierung des Leitbilds der nachhaltigen Entwicklung, einer sozial-ökologischen Transformation und entsprechender Governancestrukturen:

- Abseits der Sammlung von *good* bzw. *best practices* gibt es keine strategische Operationalisierung von „Local und Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung“ sowie eine Aufbereitung ihrer Chancen und Grenzen.
- Weder die politisch-institutionellen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen noch die sich vollziehenden Veränderungsprozesse in den Mensch-Natur-Beziehungen, sowie die Gestaltungsmöglichkeiten und gewählten Koordinierungsformen sind bisher untersucht und zusammengeführt worden.
- Es fehlt bislang an einer konzeptionellen Transferleistung der Wissenschaft mit Blick auf eine strategische Umsetzung von „Local und Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung“.

1.3 Bezüge zum sozial-ökologischen Rahmenkonzepts des BMBF

Sozial-ökologische Forschung umspannt ein Themen- und Aktionsfeld, das sozial-kulturelle und natürliche Lebensgrundlagen umfasst. Zwischen beiden Dimensionen herrschen vielfältige Wechselwirkungen, die schon seit jeher Gegenstand verschiedener Einzeldisziplinen aus den Naturwissenschaften, Sozial- und Kulturwissenschaften waren. Unter einer inter- und transdisziplinären Synthese zur sozial-ökologischen Forschung ist keine additive Zusammenfassung und „Ergänzung“ der beteiligten Wissenschaften zu verstehen. Vielmehr ist es die Aufgabe, Komplementärstrukturen zwischen beiden Bereichen zu identifizieren, die zum Verständnis der gegenseitigen Wechselwirkungen und zur Entwicklung integrativer Modelle bzw. Forschungsstrukturen beitragen und damit elementare Teilbausteine der sozial-ökologischen Forschung darstellen.

Wodurch zeichnen sich nun die Gemeinsamkeiten von sozialen und ökologischen Prozessen aus?

- Beiden liegt zunächst einmal eine Prozessdynamik zugrunde, die langfristige Veränderungen und Transformationsprozesse bewirkt. Im sozialen und ökonomischen Bereich assoziiert man damit v.a. den „Prozess des gesellschaftlichen Wandels“, womit weitreichende Entwicklungen auf verschiedenen räumlichen und sozialen Ebenen gemeint sind (z.B. der wirtschaftliche Globalisierungstrend, das Bevölkerungswachstum, die anhaltende Urbanisierung etc.).
- Spätestens seit Anfang der 70er Jahre gewinnen in Europa und damit auch in Deutschland ökologische Probleme an gesellschaftlicher Relevanz (z.B. Trinkwasserbelastung, „Waldsterben“, Treibhauseffekt, Ozonloch). Inzwischen greifen die auf einzelne Umweltmedien bezogenen Anpassungsmaßnahmen nur noch eingeschränkt. Stattdessen zeichnen sich die ökologischen Schadensmuster hinsichtlich ihrer Verursachung, Ausbreitung, Wirkungen und Lösungsansätze durch immer komplexere Strukturen aus. Es bestehen starke Interdependenzen sowohl was die wirtschaftliche und soziale Dimension als auch die verschiedenen politischen und räumlichen Problem- und Steuerungsebenen betrifft.

Zwischen beiden Veränderungsprozessen gibt es vielfältige Wechselwirkungen, d.h. sozial-ökologische Transformationsprozesse, die bisher nur eingeschränkt antizipiert und wissenschaftlich analysiert wurden. Genau diesem Themenkomplex der „Sozial-ökologische Transformationen und gesellschaftlichen Innovationen“ wendet sich das Sondierungsprojekt „Local und Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung“ zu. Von zentraler Bedeutung war hierbei die analytische Betrachtung von Steuerungsdefiziten, die sich hinsichtlich der sozial-ökologischen Transformationen immer deutlicher manifestieren:

Welche Eingriffsmöglichkeiten haben staatliche bzw. politische Institutionen und wie nutzen sie diese? Und inwieweit kann und soll gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung heutzutage noch durch politische Institutionen und Staat gesteuert werden? Welche neuen Regelungsformen und Akteurskonstellationen ergeben sich und sind sie tatsächlich adäquate Formen für eine sozial-ökologische Transformation und nachhaltige Entwicklung?

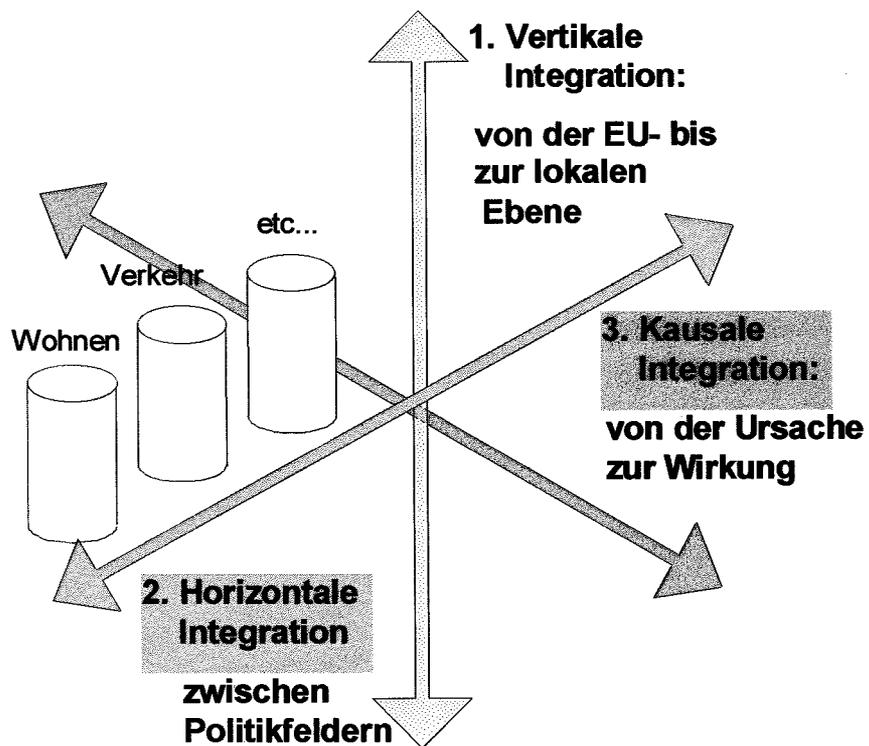
Diese Forschungsfragen stehen in einem direkten Bezug zu den sozial-ökologischen Handlungsfeldern und Problemlagen (vgl. Rahmenkonzept des BMBF 2000):

- Institutionelle Hemmnisse und Rahmenbedingungen für die prozessorientierte Gestaltung sozial-ökologischer Transformationen (neue Partizipations- und Steuerungsmodelle, zivilgesellschaftliche Konfliktregelungsverfahren)
- Potenziale (für eine nachhaltige Entwicklung) und soziale, ökologische, ökonomische und institutionelle Folgeprobleme unterschiedlicher Privatisierungs- und Regulierungsformen der kommunal-, regional- und bisher gemeinwirtschaftlichen Infrastrukturen der Daseinsvorsorge
- Modellierungs- und Prognoseverfahren für sozial-ökologische Transformationsprozesse
- Soziale und ökologische Folgeprobleme neuer Formen nachhaltiger Landnutzung vor dem Hintergrund neuer Innovationswellen (Informatisierung, Biotechnologie in Ernährung und Gesundheit)
- Kulturelle, soziale und geschlechtsspezifische Differenzen der Wahrnehmung, Bewertung und Reaktionen auf die Risiken sozial-ökologischer Entwicklungen.

Governance, verstanden als ein strategischer Prozess und ein Instrumentenset zur Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation und nachhaltigen Entwicklung ist in Deutschland erst in Ansätzen erkennbar. Die vielfältigen Governance-Styles und -formen, die sich in unterschiedlichen lokal-regionalen Zusammenhängen ausgebildet haben, bedürfen noch einer detaillierteren Erfassung und Aufarbeitung. Dazu müssen sich Vertreter aus Wissenschaft (u.a. Politikwissenschaft, Sozialwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft, Geographie, Raumplanung, Geschichtswissenschaft, Biologie, Umwelt- und Naturwissenschaften) und Praxis (Planungsbüros, Initiativen, Unternehmen, Agenturen, NGO's, Projektträger) gegenseitig abstimmen und mit den Akteuren vor Ort in einen intensiven Austausch treten. Einige Vorbilder hierfür lassen sich bereits auf europäischer Ebene ausmachen.

Der Bezug zur sozial-ökologischen Forschung ergibt sich vorrangig aus den vertikalen, horizontalen und kausalen Integrationsdefiziten in Theorie und Praxis nachhaltiger Entwicklung (vgl. Abb. 3).

Abb. 3: Integration und Governance für nachhaltige Entwicklung



Quelle: verändert nach Ravetz (2000)

Die im Rahmen des Sondierungsprojekts berücksichtigten Themenbereiche bezogen sich dabei auf folgende Problemdimensionen (vgl. BMBF 2000):

A Grundlagenprobleme und Methodenentwicklung

- Vergleichende Analyse verschiedener Brückenkonzepte (z.B. „Selbstorganisation“, „Stoffwechsel“, „Kreislauf“)
- Raum und Zeit als sozial-ökologische Kategorien
- Kognitive und organisatorische Modelle transdisziplinärer Forschung.

B Umsetzungsprobleme und Praxisbezüge

- Übersetzung transdisziplinärer Forschungsergebnisse in gesellschaftliche Handlungsmuster.
- Verknüpfung von selbstorganisatorisch-zivilgesellschaftlichen und repräsentativ-staatlichen Steuerungsmöglichkeiten
- Praktische Umsetzungsprobleme von demokratischen Regulierungskonzepten in sozial-ökologischen Transformationsprozessen
- Soziale und kognitive Differenzierung in Akteursnetzwerken, soziokulturelle Differenzen in der Bewertung umweltrelevanter Handlungsmuster.

Der Raumbezug von Governance stellt hinsichtlich beider Problemdimensionen das entscheidende integrative Bindeglied dar. Die regionale Orientierung, verbunden mit der gleichzeitig international ausgerichteten Vernetzung in Forschung und Praxis spannt eine Brücke zwischen den einzelnen Fachdisziplinen und lokal-regionalen Ansätzen.

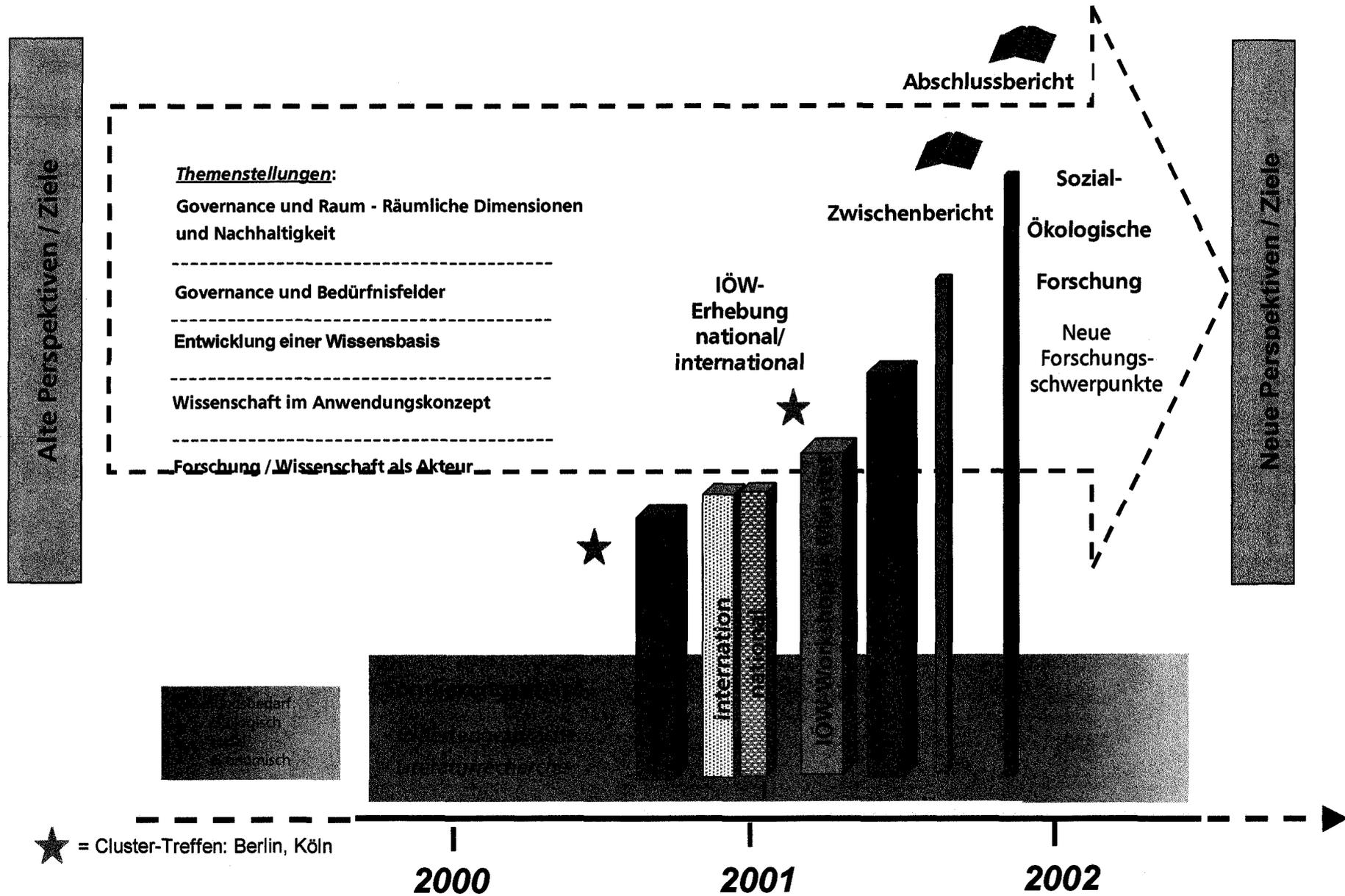
2 Vorgehensweise

Die Einbindung von Experten aus Forschung und Praxis war der zentrale Bestandteil des Sondierungsprojekts. Mit Blick auf die Aufarbeitung nationaler und internationaler Erfahrungs- und Wissensbestände wurden neue inter- und transdisziplinäre Kooperationen als Plattformen für einen wechselseitigen Informations- und Ergebnistransfer geschaffen und genutzt. Hierzu zählen u.a. auf der europäischen Ebene das ENSURE Netzwerk (European Network on Sustainable Urban and Regional Development, www.european-association.org/ensure) und auf nationaler Ebene zahlreiche Kontakte zu kommunalen und regionalen Entwicklungsprojekten oder die in der GH Kassel stattfindenden „Gespräche zur nachhaltigen Raumentwicklung“ (AG Land- und Regionalentwicklung GH Kassel 2001).

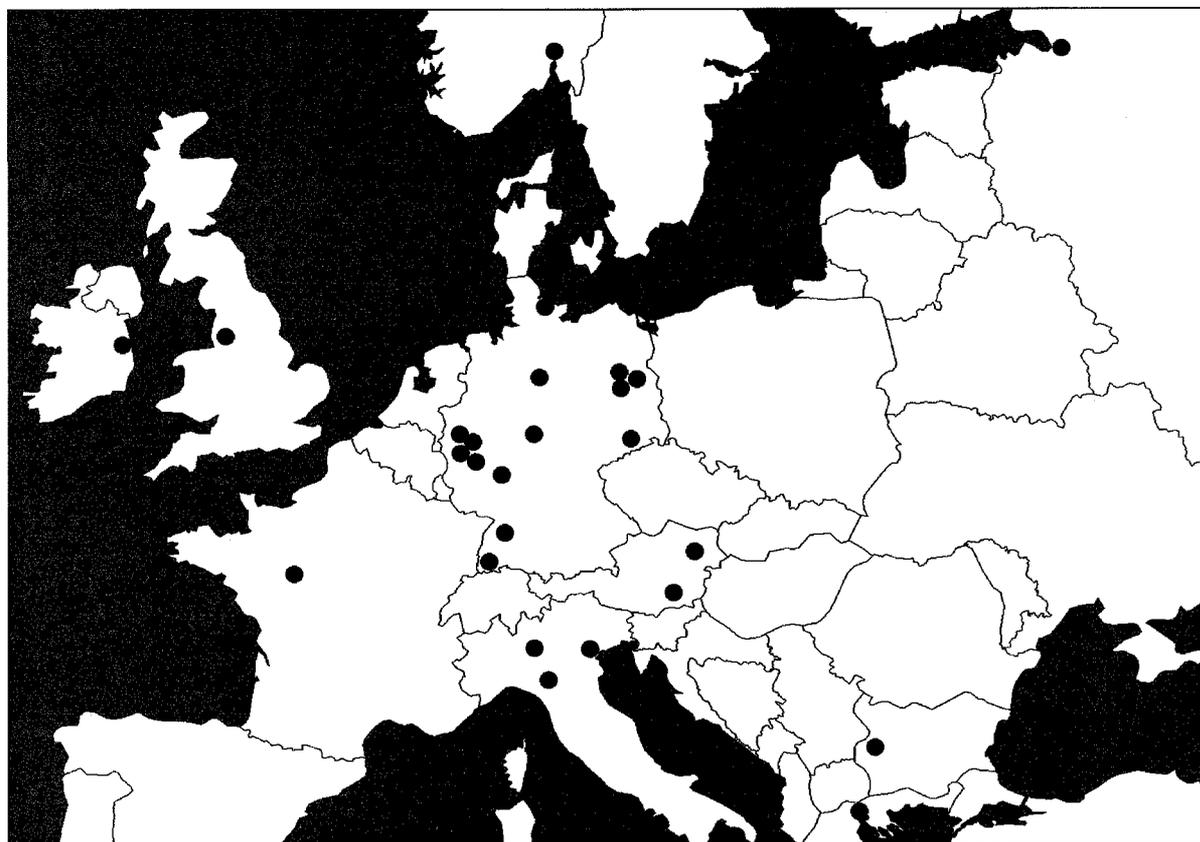
Neben der Durchführung von Fachgesprächen und Workshops stand eine inter-/nationale Erhebung im Mittelpunkt der Sondierung. Annähernd 30 Experten aus ganz Europa beantworteten einen umfangreichen Erhebungsbogen (vgl. Materialband) bzw. standen als Experten für Interviews zur Verfügung (vgl. Karte 1). Im Vergleich der deutschen mit der internationalen Debatte über den Zugang zum Governancebegriff zeigt sich, dass der internationale Diskurs bereits auf wesentliche Erfahrungen und Ergebnisse aufbauen kann. Daher wurde für das Sondierungsprojekt und die sozial-ökologische Forschung explizit auf solche Erkenntnisse zurückgegriffen.

Der internationale Blick erscheint umso wichtiger, als dass sich die Finanzierungs- und Förderinstrumente der EU zur Gestaltung eines nachhaltigen Europas der Regionen nach 2006 inhaltlich grundsätzlich erneuern bzw. ganz entfallen. Dies wird dauerhaft die Steuerungsfähigkeit regionaler Entwicklung in Europa verändern.

Abb. 4: Arbeitsablauf im Sondierungsprojekt: „Local and Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung“



Karte 1: Herkunft befragter Experten in Deutschland und Europa



Kartographie: IÖW

3 Erste inhaltliche Beschreibung von Local und Regional Governance

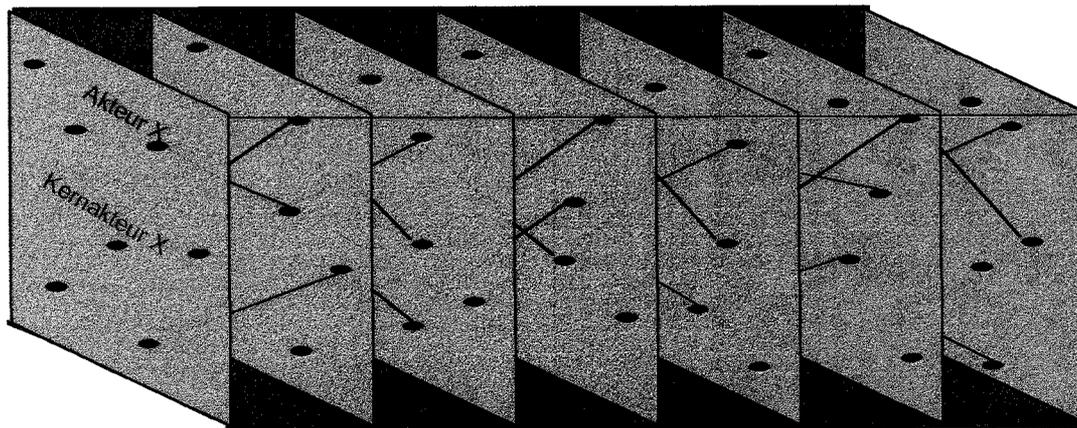
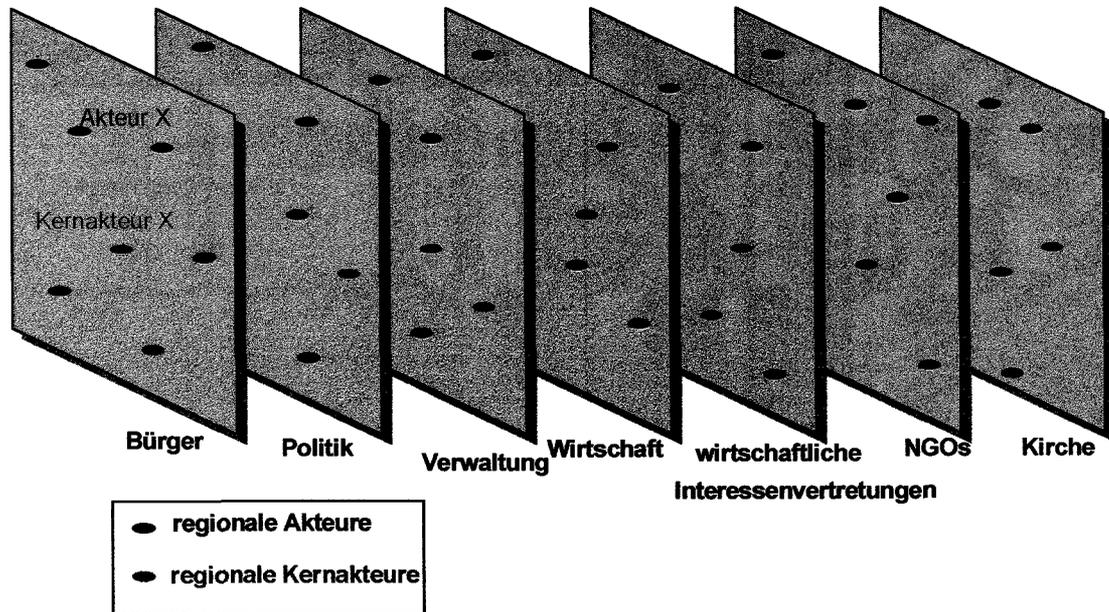
Bei der inhaltlichen Beschreibung von Local und Regional Governance lassen sich anhand der Expertenbefragung des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) in Deutschland grob drei Positionen unterscheiden:

- *Netzwerkbildung / Akteursbezug*: Ein Zusammenwirken öffentlicher und privater Akteure zur Steuerung räumlicher Entwicklungsprozesse (vgl. Abb. 5)
- *Integrierte Zusammenführung zentraler Steuerungsformen*: Eine Kombination traditioneller harter und neuer weicher Steuerungsansätze
- *Aufbau von informellen Parallelstrukturen*: Bildung informeller Kooperationsformen parallel und teilweise auch in Konkurrenz zu etablierten politisch-administrativen Strukturen.

Regional Governance wird demnach noch eng in Abgrenzung zur hierarchisch verfassten Raumordnung bestimmt und gleichzeitig auf informelle Akteursstrukturen bezogen. Governance als mögliches Instrument zur Lösung sozial-ökologischer Problemlagen und zur pro-aktiven Gestaltung einer sozial-ökologischen Transformation einzuordnen wird von internationalen Experten eher wahrgenommen: Governance als umfassende Klammer für sozial-ökologische Prozesse in Richtung Nachhaltigkeit.

In vielen sozial-ökologischen Problemlagen wie Verkehr und Mobilität, Landwirtschaft und Ernährung, Bauen und Wohnen, Ver- und Entsorgung, Beschäftigung und Bildung erweist sich insbesondere die Region als zentrale Ebene für eine adäquate Abstimmung und Koordination von Entwicklung. Konflikte und Problemlagen sowie entsprechende Lösungsmöglichkeiten sind für die Akteure vor Ort unmittelbarer zu erfahren und zu erarbeiten. Local und Regional Governance bezeichnet den hierfür notwendigen Kommunikations- und Steuerungsprozess. Die Relevanz ergibt sich aus der strategischen Bedienung jener räumlichen Umsetzungsebene, die im Mittelpunkt der Alltags- und Arbeitswelt der Akteure steht: Regional Governance stellt eine Möglichkeit zur Komplexitätsreduktion gesellschaftlichen Wandels im Sinne einer räumlich nahen Abbildung und Erklärung von Entwicklung im Raum dar.

Abb. 5: Neukonstellation und Vernetzung regionaler Akteure



Quelle: IÖW

Regional Governance wird darüber hinaus häufig als Chance verstanden, eine sozial-ökologische Transformation im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung zu initiieren, zu befördern und zu steuern. Zentrale Elemente hierbei sind:

- Paradigmenwechsel von einer relativ statischen „Planung von Entwicklung“ hin zu einem dynamisch-flexiblen „Initiieren, Formen und Begleiten regionaler Entwicklung“.
- Neugestaltung der Interaktionsmatrix und der Interdependenzen zwischen Administration / Politik, Wirtschaft und Netzwerke / Zivilgesellschaft: Bildung und Erfassung neuer Akteurskonstellationen, Netzwerke und Kooperationen, Aufbau neuer und Wandel bestehender Institutionen und Instrumentarien.
- Entfaltung kontextbezogener räumlicher Zuschnitte (thematische Regionen bzw. Regionen auf Zeit) abseits administrativer Grenzen. In Deutschland steht man vor der besonderen Herausforderung, zwischen der staatlich stark hierarchisierten Raumordnung bzw. der Regionalpolitik sowie den projektbezogenen Regionszuschnitten zu vermitteln.
- Neufassung von Macht- und Entscheidungsstrukturen.
- Geschlechter- und gruppengerechte Verteilung von Entscheidungs- und Definitionsmacht: Gender mainstreaming.
- Etablierung von Kommunikationsprozessen als das konstituierende Element räumlicher Entwicklungsprozesse.
- Heterogenität gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und ökologischer Zielsetzungen und entsprechender räumlicher Steuerungsformen (Governance-Styles).
- Bestimmung gemeinsamer regionaler Entwicklungsleitbilder („common grounds“).
- Verlagerung von Entscheidungs- und Handlungskompetenzen auf die regionale Ebene; Stärkung regionaler Selbstorganisation und -steuerung.

Eng mit dieser inhaltlichen Fokussierung ist die Frage nach empirischen Beispielen für Local und Regional Governance verbunden. Auffällig ist, dass ein Großteil der deutschen Experten hierauf nur eingeschränkt eine Antwort leisten kann. Zum einen deuten die Äußerungen darauf hin, dass Governancessstrukturen bislang nur in Ansätzen erkennbar sind und zum anderen, dass diese nur sehr abstrakt benannt werden. So werden als Beispiele in der Regel lokale / regionale Agenda 21-Prozesse, Regionalkonferenzen, kommunale und regionale Entwicklungs- und Marketingkonzepte sowie Einzelprojekte aufgeführt, ohne diese allerdings räumlich und inhaltlich zu spezifizieren.

Aber sind lokale und regionale Agenda 21-Prozesse oder public-private-partnerships bereits Fallbeispiele für Governance? Angesichts der bislang nicht gelösten Probleme der Einbeziehung von Wirtschaft bzw. Unternehmen in Agenda-Prozesse, der demokratischen Legitimation und der sozial-ökologischen Effektivität oder durch die Nichtberücksichtigung neuer Akteurskonstellationen in Planungsvorgängen erscheint dies mehr als fraglich. Insofern überrascht es auch nicht, dass bei der Benennung entscheidender Akteure im Governancekontext ein „bunter Blumenstrauß“ *aller jeweils relevanten Akteure* bzw. *stakeholder* präsentiert wird, was wiederum die Frage nach einer Übertragbarkeit bzw. konzeptionellen Zusammenführung aufwirft.

Auf der internationalen Ebene scheint hingegen – vor dem Hintergrund offenerer Politikkonzepte sowie weniger formalisierter Planungshierarchien – ein flexiblerer Umgang mit lokal-regionaler Entwicklung und deren Steuerung zu bestehen. Abseits administrativer Konstrukte werden pro-aktiv handelnde Regionen benannt, die im Rahmen von Agenda 21-Prozessen und räumlichen Entwicklungskonzepten Governancestrukturen ausbilden. In diesem Zusammenhang werden u.a. Italien (Toskana, Emilia Romagna), Großbritannien (Cityregion Manchester) oder auch die regional thematisch gebundenen Prozesse in skandinavischen Staaten (z.B. Cityregion Oslo) genannt.

4 Praxisbeispiele von Local und Regional Governance

Die beiden folgenden Beispiele könnten hinsichtlich ihrer räumlichen Ausgangslage und ihrer politischen Steuerungsstrukturen kaum unterschiedlicher sein. Zum einen der Verdichtungsraum von drei Großstädten (Wuppertal, Solingen, Remscheid) mit insgesamt fast 700.000 Einwohnern und einem Umland, das direkt an die Ballungsräume der Rheinschiene (Köln-Bonn-Düsseldorf) und des Ruhrgebietes anschließt. Zum anderen das Steirische Vulkanland, eine ländliche Region in Österreich an der Grenze zu Slowenien und Ungarn, die 52 kleine Gemeinden mit insgesamt 68.000 Einwohnern umfasst.

Trotz ihrer Unterschiedlichkeit weisen jedoch beide Regionen eine zentrale Gemeinsamkeit auf: Beide etablieren seit geraumer Zeit neue Governancestrukturen, um zukunftsfähige Entwicklung wieder regional abgestimmt zu betreiben und v.a. sozial-ökologische Themenfelder zu bearbeiten und zu besetzen. Insofern wird nachfolgend versucht, einen kurzen Einblick in die regionalen Strukturen von Governance zu geben, ihre Kontextabhängigkeit aufzuzeigen und v.a. ihren Nutzen für eine sozial-ökologische Transformation von Regionen zu veranschaulichen.

4.1 Bergische Städtedreieck

- **Region**

Das Bergische Städtedreieck, gebildet aus den kreisfreien Großstädten Remscheid, Solingen und Wuppertal, beheimatet annähernd 700.000 Menschen.

In der durch die Wupper und ihre Nebenflüsse geformten Landschaft mit ihrer bewegten Topographie, hat sich einer der ältesten industriellen Verdichtungsräume auf dem Kontinent in kleinteiliger Struktur entwickelt. Besonders kennzeichnend ist die im Vergleich zu anderen Stadtregionen spezifische unternehmerische Kultur. Über die verschiedenen Branchen und Sektoren hinweg wird *Innovation aus eigener Kraft* – indem die spezifischen regionalen Talente bewahrt und ausgebaut werden – besonders betont.

Allerdings reichen angesichts des starken wirtschaftlichen Strukturwandels, der Bevölkerungsabwanderung und der erkennbaren Gefährdung der Kulturlandschaft tradierte Interventionsformen zur Problembewältigung längst nicht mehr aus. Darüber hinaus wird die Selbstregulation auf regionaler Ebene trotz der Installierung eines gemeinsamen Regionalbüros zur Steuerung der räumlichen Entwicklung immer schwieriger. Die Bergischen Großstädte sind auf Grund ihrer finanziellen Situation (Konsolidierungsgemeinden) nur unter großen Anstrengungen und zunehmender Kooperation in der Lage, ihre Handlungsspielräume zu halten.

Regionalisierte Strukturfördermittel, wie z.B. aus dem Ziel II-Budget, den Gemeinschaftsaufgaben des Bundes und der Länder oder auch die EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER sind für die Region bislang nicht zugänglich gewesen. Entwicklungsimpulse können aber derzeit ohne externe Unterstützung kaum noch aus eigener Kraft gesetzt werden.

- **Governance und Institutionen**

Seit Ende der achtziger Jahre verfolgt das Bergische Städtedreieck den Ansatz, wirtschaftliche, soziale, kulturelle, ökologische, arbeitsmarkt- und gleichstellungspolitische Interessen in regionaler Selbstverantwortung zu integrieren. Das Bergische Städtedreieck ist hierbei auf dem Weg zu einer gemeinsam zu gestaltenden nachhaltigen Regionalentwicklung. Im Bergischen Städtedreieck ist Regionalarbeit also seit 1992 verfasst (öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen den beteiligten Bergischen Großstädten) und mittlerweile institutionell im Regionalbüro Bergisches Städtedreieck verankert.

Ziel ist es, das Bergische Städtedreieck als Region zu etablieren, um das erreichte Niveau (Angebot an Arbeitskräften, attraktives und naturnahes Wohnen, günstige Freiraumausprägungen und -zugänge, kulturelle und kommunikative Einrichtungen, F&E-Kapazitäten, Aus- und Fortbildungsinfrastrukturen) in der Region zu halten, die Region nach innen und außen wahrnehmbar(er) zu machen und die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Gleichzeitig geht es darum, eigene Handlungsspielräume zu bewahren und auszuweiten.

Die bisherigen Entwicklungsschritte, diverse Projekte und Kooperationsverfahren, sprechen für einen thematisch breiten und auf den Gedanken der Nachhaltigkeit bereits deutlich fokussierten Entwicklungsgang („ökonomische und ökologische Entwicklung in sozialer Verantwortung“) der Bergischen Großstädte.

- **Governance und das Instrument Wettbewerb'**

Der vom Land Nordrhein-Westfalen ausgerufene Wettbewerb „Regionale Natur- und Kulturräume in NRW“ (REGIONALE) war ein willkommener Anlass, die in der Region erworbenen Erfahrungen zur strukturpolitischen Regionalarbeit und die „erfahrenen“ regionsspezifischen Entwicklungserfordernisse zu reflektieren und in einen erneuten, intensiven Diskurs über mögliche und gewollte regionale Zukünfte des Bergischen Städtedreiecks einzutreten. Auf der Basis des gemeinsamen Memorandums der drei Städte erteilte das Land der Region den Auftrag zur Ausrichtung der REGIONALE 2006. Dabei geht es in erster Linie um zwei Punkte: 1. Die Umsetzung von Projekten im regionalen Kontext und 2. die Präsentation der Region im Rahmen einer Leistungsschau im Jahr 2006.

Das Management dieses Entwicklungsprozesses liegt auf der lokalen Ebene bei den REGIONALE-Beauftragten der Städte – die sich z.T. auf Koordinierungsgruppen der Verwaltungen stützen können bzw. diesen zuarbeiten – welche die Schwerpunktprojekte der einzelnen Städte entwickeln sowie deren Mitwirkung an Verbundprojekten koordinieren. Sie sind lokale Ansprechpartner für bürgerschaftliches und unternehmerisches Engagement, betreuen die lokalen Beiräte und begleiten die REGIONALE 2006 Agentur GmbH, die das gesamte Regionalmanagement übernimmt.

Das Regionalbüro des Städtedreiecks (organisatorische Schwerpunkte) und die auf Zeit ins Leben gerufene REGIONALE 2006 Agentur GmbH (inhaltliche Schwerpunkte) bedienen arbeits- teilig die regionalen Gremien und die Facharbeitsstruktur der REGIONALE zur Projektentwicklung und -qualifizierung. Die Agentur verantwortet zudem die Öffentlichkeitsarbeit, die Kommunikation und das Marketing der REGIONALE 2006.

- **Governance - Inhalte und Themen**

Die REGIONALE 2006 bearbeitet acht Leitthemen, in denen Zukunftsprojekte entwickelt und umgesetzt werden. Dies sind: „Werkstädte / Wirtschaft und Beschäftigung“, „Tourismus und Marketing“, „Bahnring und Mobilität“, „Grün / Wasser / Landschaft und Freiraum“, „Kultur und Licht“, „Städtebau und Siedlungsstruktur“, „Jugend / Soziales und Gesundheit“ sowie „Energie und Klimaschutz“.

Die in der Debatte um eine nachhaltige Regionalentwicklung häufig auftauchenden Kernforderungen nach einer Integration der Inhalte regionaler Entwicklungsstrategien in einem Gesamtkonzept, der Beteiligung und Berücksichtigung der Interessen aller regionalen Akteure im Gestaltungsverlauf regionaler Entwicklung und der langfristigen Wirksamkeit von Maßnahmen bzw. Projekten sind nicht explizite Ausgangspunkte für die o.g. Formierung von Inhalten und Organisationsstrukturen der REGIONALE 2006. Die REGIONALE 2006 ist somit kein langfristiges Projekt nachhaltiger Regionalentwicklung. Es gibt keinen auch nur annähernd konsistenten, handlungsebenenübergreifenden Katalog von Zielen, die dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit a priori verpflichtet wären, wie z.B. der Herstellung regionaler Wirtschaftskreisläufe oder der Reduzierung der Flächeninanspruchnahme für Siedlungszwecke. Dennoch enthält die REGIONALE 2006 hinreichend Potenzial für die Umsetzung von Elementen nachhaltiger Regionalentwicklung. Dafür sind jedoch Neukonstellationen von Inhalten / Themen und Akteuren im Rahmen von neuen Governancestrukturen eine notwendige Voraussetzung.

4.2 Steirisches Vulkanland (Österreich)

- **Region**

Das ‚Steirisches Vulkanland‘ liegt in Österreich im oststeirischen Hügelland. In der Region befindet sich der Großteil des oststeirischen Vulkangebietes mit den für dieses Gebiet typischen Vulkankegeln. Aus den Bezirken Feldbach und Radkersburg nehmen insgesamt 52 Gemeinden am Entwicklungsprozess ‚Steirisches Vulkanland‘ teil.

Die Lage der Region „vor den Toren“ der EU-Beitrittsländer Slowenien und Ungarn bietet eine besondere Chance. Mittelfristig wird sich die Region als „Portal zum Osten“ etablieren und langfristig zum osteuropäischen Zentralraum entwickeln. Zur Wahrung der Chancen durch die Erweiterung ist die Region auf externe Hilfen (Land Steiermark, Bund und EU) angewiesen. Das Steirisches Vulkanland ist nationales EU-Regionalförderungsgebiet gemäß EU-Wettbewerbsregeln.

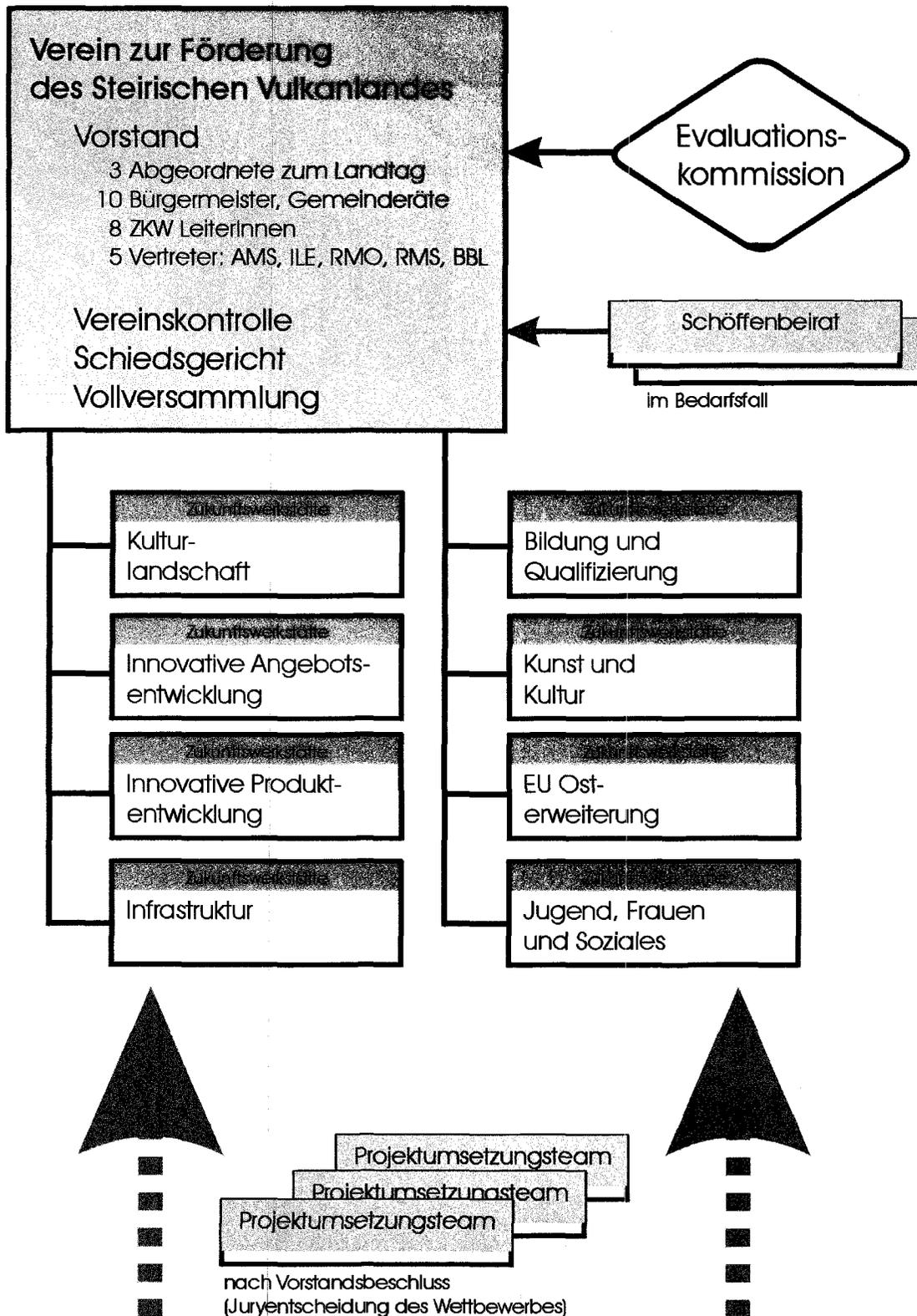
Die Stärken der Region liegen in ihrer Nähe zu Graz, der vielfältigen Kulturlandschaft, klimatisch begünstigter Landwirtschaft, in der kleinteiligen Gewerbestruktur, in einem breiten Freizeit- und Tourismusangebot, in einem ausgeprägten Sinn der Menschen für Eigeninitiative und in einem gewachsenen sozialkulturellen Gefüge.

- **Governance und Institutionen**

Seit Anfang der neunziger Jahre setzt sich die Region in immer größer werdenden räumlichen Zuschnitten mit einer eigenständigen und nachhaltigen Regionalentwicklung auseinander. Ausgangspunkt war die Entwicklung eines Leitbildes für die Region Feldbach (Nachhaltige Landentwicklung Feldbach). Auf dieser Basis wurde die Strategie für das gesamte Steirisches Vulkanland entworfen und bewertet. Diese enthält die Bereiche *grundlegende soziokulturelle Entwicklung, Diversifizierung in der Landwirtschaft, Entwicklung des Wirtschaftsstandorts Feldbach* kombiniert mit einer *ökologischen Entlastungsstrategie* sowie *Lebensraumgestaltung, Kultur und sanfter Tourismus*.

Seit 1999 läuft der regionale Abstimmungsprozess auf thematischer und politischer Ebene gleichzeitig. Dabei wurden von den Gemeinden zur Koordinierung des Entwicklungsprozesses die Steirisches Vulkanland Regionalentwicklung GmbH und zur wissenschaftlichen Begleitung das Kornberg Institut für nachhaltige Regionalentwicklung und angewandte Forschung gegründet. Als neuen Träger für die Durchführung eines regionalen Entwicklungsplans (LEADER+) wurde 1999 der Verein zur Förderung des Steierischen Vulkanlandes gegründet. Dessen Struktur zum Regional- und Konfliktmanagement ist aus dem folgenden Organigramm (Abb. 6) zu entnehmen.

Abb. 6: Organigramm des Vereins zur Förderung des Steirischen Vulkanlandes



Quelle: Verein zur Förderung des Steirischen Vulkanlandes (2001)

Folgende Schlüsselziele einer integrierten Regionalentwicklung werden verfolgt: Valorisierung der Kulturlandschaft durch Nutzung und Erhalt der einzigartigen Naturräume der Region als Grundlage des Lebensraumes, der Lebensmittelproduktion und der sanften touristischen Nutzung; Betonung identitätsstiftender Elemente authentischer Landschaften; Festigung der sektoralen Diversität als Voraussetzung einer hohen *intraregionalen* Marktleistung; Stärkung der Eigenständigkeit der Region durch Verbesserung der örtlichen Einkommen der Bewohner, Erhöhung des regionalen Finanzkapitals, Verbesserung des Innovationsmilieus sowie durch Motivation und Qualifizierung der Bevölkerung; Entwicklung *interregionaler* Marktfelder zur Verbesserung der Handelsbilanz der Region durch Produkte und Dienstleistungen von hoher Qualität und Originalität (Dachmarke); Stärkung der Identität der Bewohner; Abstimmung der regionalen Zielsetzungen als Basis eines mehrdimensionalen / integrierten Zuganges zu Entwicklungsstrategien und zur optimalen Nutzung von Ressourcen; demokratische Legitimation der kooperativen Entscheidungsstrukturen im Steirischen Vulkanland durch Offenheit des Entwicklungsprozesses, partizipative Programmentwicklung und eine breite politische Trägerschaft.

- **Governance und die Instrumente ‚Wettbewerb‘ / LEADER+**

Die europäische Gemeinschaftsinitiative LEADER+ eröffnet im Rahmen eines Wettbewerbes ländlichen Regionen wie dem Steirischen Vulkanland die Möglichkeit, die Gestaltung ihrer Entwicklung mit einem integrativen und nachhaltigen Konzept selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck wurden Leitbildprozesse, thematische Arbeitsgruppen, Strategieworkshops, Zukunftswerkstätten und Abstimmungsgespräche durchgeführt. Die beteiligten Partner der Strategieentwicklung bilden die Region in ihren unterschiedlichen Facetten und Talenten ab.

Dieser Wettbewerbscharakter ist für die Projektentwicklung in der Region aufgegriffen worden. Die Struktur der LEADER-Aktionsgruppe besteht aus einem formellen und informellen Teil, der einen offenen und gleichzeitig politisch legitimierten Entwicklungsprozess ermöglicht. Es werden einerseits Projektentwicklungen und andererseits Schlüsselprojekte in der Umsetzung unterstützt: für beide Kategorien besteht jedoch ein ständiger regionaler Wettbewerb. Der Wettbewerb „Idee-Projektentwicklung-Umsetzung“ garantiert die Selektion des „Besten für die Region“. Einzelne Projekte, Standorte oder Interessen werden nicht a priori durch das LEADER+ Programm gefördert. Die Finanzierung der Entwicklung und die Entscheidungsfindung werden durch Politik und Wirtschaft gleichermaßen geleistet.

- **Governance - Inhalte und Themen**

Das Steirische Vulkanland bearbeitet im Rahmen von acht Zukunftswerkstätten folgende Themen: Innovative Produktentwicklung; innovative Angebotsentwicklung; Frauen, Jugend und Soziales; Kunst und Kultur; Kulturlandschaft; Bildung und Qualifikation; EU Osterweiterung sowie Infrastruktur.

5 Praxisbeispiele für neue Steuerungsformen und ihre Bedeutung für die sozial-ökologische Forschung

Die skizzierten Beispiele stehen stellvertretend für zahlreiche lokal-regionale Aktivitäten in Deutschland und in Europa, die erste Ansätze einer pro-aktiven Steuerung sozial-ökologischer Transformation von Regionen realisieren. Trotz der unterschiedlichen räumlichen und damit auch sozial-ökologischen Ausgangs- und Problemlagen, lassen sich für die Kernelemente Ziele / Inhalte, Akteure und Instrumente wesentliche Gemeinsamkeiten herausstellen:

- Klassische Struktur- und Förderprogramme sowie traditionelle Entscheidungs- und Kommunikationsmuster können zur Lösung von sozial-ökologischen Problemlagen für eine nachhaltige Entwicklung nur noch wenig beitragen.
- Erst die Neukonstellation von Akteuren im Rahmen von Governance ermöglicht die Besetzung sozial-ökologischer Themen und eröffnet neue Lösungsperspektiven.
- Eine integrative Themen- und Handlungsfeldbearbeitung schafft Bewusstsein für das sozial-ökologische System ‚Region‘ und erhöht somit die regionale Problemlösungskompetenz.
- Governance weist durch den Aufbau neuer und z.T. paralleler Steuerungsstrukturen (Governance *neben* Government) eine gewisse Konflikthaftigkeit auf.

Angesichts des offenkundigen Handlungsdrucks haben sich sowohl im Bergischen Städtedreieck als auch im Steirischen Vulkanland neue Steuerungs- und Beteiligungsformen mit dem Ziel herausgebildet einen selbstorganisierten und nachhaltigen Entwicklungsprozess zu initiieren und zu verstetigen: Im Bergischen Städtedreieck wurde dies zunächst durch die Einrichtung des gemeinsamen Regionalbüros und aktuell durch die Schaffung der REGIONALE 2006 Agentur geleistet. Im Steirischen Vulkanland geschah dies u.a. durch die Gründung einer Regionalentwicklung GmbH (Haus der Region), eines eigenen Institutes und letztendlich eines Vereins (Verein zur Förderung des Steirischen Vulkanlandes 2001).

Für die sozial-ökologische Forschung und eine praktische Unterstützung von Transformationsprozessen sind übertragbare Steuerungs- und Handlungsansätze von zentraler Bedeutung. Folgende Transferaspekte lassen sich aus den Praxisbeispielen und der IÖW-Projektdatenbank „Regionen der Zukunft“ herauskristallisieren:

- Nachhaltige Raumentwicklung ist nur durch eine Verknüpfung verschiedener Themen-, Handlungs- und Bedürfnisfelder im Rahmen eines integrierten regionalen Entwicklungskonzeptes zu erreichen, das Regional- und Projektmanagement gleichermaßen bedient.
- Eine fundierte Verständigung über die kommunale / regionale Ausgangs- und Problemlage ist die entscheidende Basis zur gemeinsamen Formulierung spezifischer Ziele und Leitbildern und letztendlich zur Umsetzung konkreter Handlungs- und Gestaltungsschritte.
- Sozial-ökologische Transformation von Regionen und nachhaltige Raumentwicklung benötigen neuen institutionellen Strukturen zur Steuerung, Selbstreflexion und Konfliktregelung: Entwicklungsagenturen, Zukunftswerkstätten, Monitoring und Evaluationskommissionen.
- Ein existentieller Bestandteil ist die Etablierung neuer zivilgesellschaftlicher Teilhabe durch Instrumentenentwicklung: Beteiligung und Berücksichtigung der Interessen aller regionalen Akteure im Gestaltungsverlauf regionaler Entwicklung durch Workshops, Zukunftswerkstätten, Projektauftrufe, Wettbewerbe, Leitthemenkommissionen, Arbeitskreise etc.
- Die Entfaltung neuer Kommunikationsmuster (Kooperation, Koordination, Information, Partizipation) für ein strategisches Denken, Lernen und Handeln für eine nachhaltige Entwicklung: neue informelle Beteiligungsformen, Einsatz neuer Kommunikationstechniken (Internetplattformen).
- Bildung neuer Akteurskonstellationen, Kooperationen und Netzwerke, die sich fach-, sektor- und branchenübergreifend zusammensetzen.
- Zusammenspiel von Verwaltung, Politik, Unternehmen, lokal-regionalen Akteuren (Zivilgesellschaft) im Rahmen neuer Willensbildungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsstrukturen.

Die Praxisbeispiele haben aber auch die bisherigen Grenzen eines Managements sozial-ökologischer Problemlagen offengelegt. Die Bedienung von Schnittstellen zwischen den räumlichen und politischen Ebenen von Governance fehlt. Eine Klärung von Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungsmodalitäten wird häufig unterlassen, ein Konfliktmanagement findet nicht statt.

Oft können und wollen Vertreter aus Politik und Verwaltung der Eigendynamik und Flexibilität der offenen Entwicklungsprozesse nicht folgen. Die neuen Institutionen werden daher teilweise nicht mit ausreichenden Sach- und Personalmitteln sowie Entscheidungs- und Projektentwicklungskompetenzen ausgestattet. Die Etablierung von ergänzenden und z.T. konkurrierenden institutionellen und informellen Steuerungsstrukturen werden weiterhin mit Misstrauen betrachtet und deren Entwicklung auf sehr unterschiedliche Weise gehemmt. Die Fragen nach der demokratischen Legitimität, den tatsächlichen Effektivitäts-, Effizienz- und Legitimitätsgewinnen für Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft sowie nach den Grenzen und Risiken von Local und Regional Governance werden inzwischen thematisiert, sind aber bislang noch nicht beantwortet worden.

6 Stärken und Schwächen des derzeitigen Forschungsstandes

Vor dem Hintergrund sich neu entfaltender Formen regionaler Politik und Planung bekommt Local und Regional Governance eine immer stärkere Bedeutung für eine wirtschaftlich tragfähige, ökologische und sozial ausgewogene räumliche Entwicklung. Beobachtbar ist eine Trendwende, fort von den starren Entwicklungsmodellen mit planungsorientiertem Durchgriffscharakter der 70er bis 80er Jahre hin zur stärkeren Begleitung und Steuerung von Entwicklungsprozessen, die Handlungsspielräume für eine regionale Selbstorganisation fördern.

Dieser langsam wachsende Gestaltungsspielraum ist kennzeichnend für eine gesellschaftspolitische Arena, in der sich top-down- und bottom-up-Ansätze miteinander verknüpfen. Die hierfür notwendigen und sich ausbreitenden neuen Kommunikationsmuster und Steuerungsformen rücken das Instrument „Local und Regional Governance“ in den Mittelpunkt der Betrachtung. Eine wissenschaftliche Aufarbeitung (vgl. EuroConference „Regional Governance – New modes of self-government in the European Community“, 19.-21.04.2001 in Hannover; Fürst 2001; TAURUS 2000) sowie eine Analyse von Praxisbeispielen von Governance für die Raumebenen Stadt/Kommune und Region liegen allerdings in Deutschland nur sehr eingeschränkt vor.

Local und Regional Governance bietet sich als ein unterstützendes Instrument für integrative Ansätze einer sozial-ökologischen Transformation und nachhaltigen Entwicklung an. Letztendlich kann Governance ein strategisch wichtiges Bindeglied für die Verknüpfung unterschiedlicher Zugänge und Disziplinen für eine nachhaltige Raumentwicklung darstellen. Von daher wird Local und Regional Governance in der deutschen Debatte vermehrt als Chance erkannt neue Konstellationen von Inhalten und Handlungsfeldern, Akteuren und Steuerungsformen zu thematisieren und zu bearbeiten. Ein Merkmal dieser noch jungen Auseinandersetzung ist allerdings der bislang eher unkritische Umgang mit dem Begriff Governance.

Schwächen in der Aufarbeitung und Rezeption liegen vorrangig in der noch fehlenden Bedienung der Schnittstellen zwischen den verschiedenen räumlichen und politischen Problem- und Steuerungsebenen. Insgesamt sind diese Schwächen durch weitreichende Transparenzdefizite der Untersuchungsgegenstände (Komplexität, Inerdependenzen der sozial-ökologischen Problemlagen, Entwicklungen, Prozesse) charakterisierbar, die sich noch um weitere Aspekte erweitern ließen, wie z.B. den mangelnden Überblick über die vorhandenen Forschungs- und Theorieansätze sowie von Praxisbeispielen.

Übersicht 1: Stärken und Schwächen des Forschungsstandes und der Interpretation von Local und Regional Governance

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Instrument zur Umsetzung integrativer Ansätze 	<ul style="list-style-type: none"> • Definition als ‚Ansatz‘ und ‚Konzept‘ anstatt es als begriffliches Instrument zu betrachten
<ul style="list-style-type: none"> • Austausch zwischen unterschiedlichen Fachdisziplinen 	<ul style="list-style-type: none"> • Diskontinuierliche Austauschforen und unkritischer Umgang mit Governance in der deutschen Debatte
<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenführung von Einzelaspekten 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine Thematisierung von Grenzen und Problemen (z.B. Legitimationsdefiziten)
<ul style="list-style-type: none"> • Verknüpfung von verschiedenen Steuerungsformen 	<ul style="list-style-type: none"> • Ungeklärte Zuständigkeiten und Legitimationsmodalitäten
<ul style="list-style-type: none"> • Netzwerkaufbau – international, national (regional, lokal) 	<ul style="list-style-type: none"> • Vertikale (politische Handlungsebenen), horizontale (raum- und querschnittsbezogen) und kausale (thematisch-inhaltliche) Integrationsdefizite
<ul style="list-style-type: none"> • Governance als Möglichkeit, neue inhaltliche, akteursbezogene, und steuerungsorientierte Konstellationen zu thematisieren und umzusetzen 	<ul style="list-style-type: none"> • Bisher fehlt es an integrativen Ansätzen und Schnittstellen zwischen den verschiedenen räumlichen und thematischen Ebenen
<ul style="list-style-type: none"> • Der Raumbezug von Governance kann ein integratives Bindeglied (Klammer) zwischen verschiedenen Zugängen und Disziplinen sein. 	<ul style="list-style-type: none"> • Fehlende Aufarbeitung von Praxisbeispielen, geringer Abgleich mit praktischen Erfahrungen vor Ort

Das Sondierungsprojekt hat sicherlich mit dazu beigetragen, den Begriff und das Instrument Governance in der Diskussion um nachhaltige Raumentwicklung stärken zu thematisieren und kritischer zu reflektieren.

6.1 Zusammengefasste Forschungsergebnisse der Expertenbefragung

Die Auswertung der Literatur, der Expertengespräche und der Erhebung zeigen deutlich eine differenzierte Definition von Governance und dessen Gestaltungspotenzial zwischen der deutschen und europäischen Debatte. Während Theoretiker wie Praktiker in Deutschland den Begriff Governance aufgrund der sehr jungen und wenig intensiv geführten Debatte noch immer eher als eine Art „Neukombination“ herkömmlicher Instrumente und Praktiken definieren, wird er von europäischen Experten eher als ein Instrument bzw. strategischer Prozess verstanden, um zukünftige Entwicklungschancen einer Region zu gestalten / planen. In der internationalen Debatte ist demnach das Bewusstsein darüber, dass regionale Bedürfnisse *„die traditionellen Grenzen etablierter Regierungs- und Verwaltungseinheiten überschreiten und damit neue Verfahren, Identitäten und Institutionen zur Verwirklichung effektiver regionaler Veränderungen benötigt werden“* (Zitat von W. Lafferty, PROSUS, Oslo), deutlich ausgeprägter.

Es scheint demnach auf der internationalen bzw. europäischen Ebene eine konkretere und klarere Vorstellung über die Inhalte und Themen, Stärken und Schwächen sowie Grenzen von Local und Regional Governance zu existieren.

- **Warum ist die internationale Diskussion weiter oder anders?**

Die Steuerung räumlicher Entwicklungsprozesse in Deutschland basiert, im Vergleich zu anderen europäischen Ländern, immer noch auf einer streng raumordnerisch ausgerichteten föderalen Steuerungs- und Planungslandschaft. In anderen europäischen Staaten, wie beispielsweise Frankreich oder Irland, kommen stärker die zentralstaatlich organisierten Steuerungsformen und -traditionen zum Tragen, die bis heute ein anderes Governance-Verständnis generiert haben als föderal geprägte Systeme, wie die Bundesrepublik Deutschland.

Da die Entwicklung von Governance-Styles immer auch eine Auseinandersetzung mit den Werten, Traditionen und Ursprüngen von politischen Handlungsweisen auf nationaler Ebene wie auch in den einzelnen Regionen voraussetzt, trifft man außerhalb Deutschlands auf weniger von Formalitäten und Formalisierungen geprägte Kulturen.

Pro-aktive Haltungen im Rahmen von Governance hatten es in Ihrer Entwicklung daher in weniger planungshierarchisch gestalteten Ländern leichter. Im europäischen Ausland ist es zudem weitaus üblicher, bestehende Strukturen entlang der Leitlinien der Wirtschaft zu entwickeln. Allerdings muss diese Tatsache nicht langfristig zu einem „Wettbewerbsnachteil“ für Staaten wie Deutschland werden, da diese Entwicklung entlang wirtschaftlicher Strukturen bereits ein Stück weit rückgängig ist. Gerade weil auf europäischer Ebene zukünftig weniger

Förderung für diese Bereiche erwartet wird, ist es um so dringender, neue Instrumente für lokal und regional nachhaltige Entwicklungsprozesse zu entwickeln und zu initiieren.

Mit der zunehmenden Ausschreibung raumwirksamer Förderprogramme seitens der Europäischen Union sind insbesondere Aktivitäten in den Regionen initiiert worden, die als Steuerungsform Governancestrukturen bevorzugen. Von daher konnten in vielen Regionen Europas bereits Erfahrungen mit Governanceformen gemacht werden, die über andere Formen von Governance-Styles verfügen und deren Planungsverständnis weniger hierarchisch orientiert ist als beispielsweise in Deutschland.

- **Doch wie kommt es zu dieser unterschiedlichen Erfahrungshintergrund und Herangehensweise?**

Diese Frage lässt sich nur schwer beantworten, da auch deutsche Experten – gefragt nach ihrer Beschäftigungsdauer mit der Governance-Thematik im weiteren Sinne – durchaus auch Zeiträume von bis zu 30 Jahren angeben. Sie unterscheiden sich hierdurch nicht von den Angaben ihrer internationalen Kollegen. Hierbei muss jedoch vor Augen geführt werden, dass es schon immer lokale / regionale Entwicklung in irgendeiner Form gegeben hat und dafür unterschiedliche Begriffe verwendet wurden. Im weiteren Sinne könnte man dabei vielleicht von „Labeling“ sprechen, im engeren Sinne jedoch verschieben sich mit den „neuen Begriffen“ zur Benennung lokaler / regionaler Entwicklung auch immer die Akzente, häufig auch die Instrumente und vor allem die Akteurskonstellationen. Vielmehr kann man in den meisten Fällen durchaus von „Paradigmenwechseln“ der lokalen und regionalen (planerischen) Entwicklung sprechen. Auch im Falle von Governance ist die Benennung bzw. Betitelung eigentlich eher nebensächlich, da die sich verändernden Rahmenbedingungen, Instrumente, Akteure und Prozesse von entscheidender Bedeutung sind – immer vor dem Hintergrund sich ständig weiterentwickelnder Gesellschaften und Umwelten in einer zunehmend globalisierten Welt.

Interessant erscheint dabei die angegebene Zeitspanne, für die der Governance-Begriff heute rückwirkend vergeben wird. Immerhin benannte vor rund 30 Jahren noch niemand, der raumordnerischen bzw. -planerischen Tätigkeiten nachging, Steuerungsformen jenseits von „Government“ als „Governance“. Erst im Nachhinein lassen sich also für diesen Zeitraum die ersten Veränderungen im politisch-administrativen System vermuten, die heute mit dem Begriff Governance zu neuen Steuerungsformen bzw. Regelungsinstrumentarien zusammengefasst werden.

- **Doch was ist nun wirklich das „Neue“ daran?**

Hier spaltet sich das Verständnis der Experten in zwei widersprüchliche Lager: Während einige keine wirkliche „Veränderung“, sondern nur eine Neu-Betitelung von schon zur schnelllebigen Alltäglichkeit gewordenen Prozessen konstatiert wird, sprechen andere von einer „*Integration sektoraler Politik ... die Ziele der Nachhaltigkeit verfolgt*“ (Brendle, BfN, Bonn). Auch hier scheinen die europäischen Experten mit detaillierteren Antworten wiederum den deutschen Experten einen Schritt voraus zu sein: Die Betonung des Entwicklungs- vor dem Planungsansatz sei eine Neuheit, die sich hinter dem Begriff regionaler Governance verbirgt, ebenso wie „*Integration von bottom-up und top-down Ansätzen, kleinen und großen Dimensionen (...) entsprechend den Subsidiaritätsprinzipien*“ (Strati, SRS Firenze, Italien).

- **Gewollte Dynamik, genutzte Dynamik**

Als neu lässt sich die zielorientierte und auch politisch gewollte langfristige strategische Ausrichtung auf Entwicklungsprozesse bezeichnen, mit einer vermutlich hohen Anzahl wechselnder Akteure und Akteursnetzwerke. Im Mittelpunkt dabei sollte vor allem die Betonung der potenziellen strategischen Möglichkeiten zur Gestaltung regionaler Steuerungsprozesse hervorgehoben werden, die durch lokale und regionale Governance-Styles initiiert und begleitet werden.

- **Projekt oder Prozess? – Prozess oder Projekt? – Oder beides?**

Auch hinsichtlich der Bedarfe, was Governance in Zukunft zu leisten hätte bzw. welche Themen noch nicht genügend diskutiert werden, unterscheiden sich die Meinungen der deutschen Befragten von den internationalen. Im deutschsprachigen Raum orientieren sich die Aussagen eher an konkreten Projekten bzw. der praktischen Realität, indem eher hervorgehoben wird, dass unzureichend über Erfolgsbedingungen (inkl. der institutionellen und instrumentellen Rahmenbedingungen) debattiert wird und insbesondere die Frage der Übernahme anfallender Transaktionskosten ungeklärt ist. Und auch die Grenzen, Einsatzfelder und möglichen Probleme von regionaler Governance sind bisher noch weitgehend unausgesprochen geblieben.

- **Agenda 2007 in Sicht – regionale Entwicklung im „etatfreien“ Raum?**

Sowohl der IÖW-Workshop zu Governance in Münster (21.04.2001) als auch die internationale Befragung thematisierten einen kritischen Zeitpunkt in der mittelfristigen Etablierung Regionaler Governance: Mit der laufenden Umstrukturierung der Strukturfonds der Europäischen Union und der damit einhergehenden Verschiebung der europäischen Förderlandkarte (Ostererweiterung) steht mittelfristig ein totaler Umbruch der finanziellen Steuerungspraxis inkl. der damit verbundenen Entwicklungsmöglichkeiten auf regionaler Ebene bevor. Hier eröffnet das Instrument Governance auf regionaler Ebene eine Neu-Thematisierung von Verantwortung regionaler Akteure im Entwicklungsprozess bzw. deren Beitrag. In diesem Themenkomplex wird den Unternehmen eine Schlüsselrolle zufallen, genauer gesagt den standortverbundenen Unternehmen, also v.a. den kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

7 Spezifischer Beitrag des Sondierungsprojektes für die sozial-ökologische Forschung

Governance, verstanden als ein integrativer Begriff zur Beschreibung des Zusammenwirkens neuer Steuerungselemente und -module auf verschiedenen (räumlichen) Ebenen, bietet sich als eine umfassende „Klammer“ für die sozial-ökologische Forschung an. Insbesondere der räumliche Zugang von Regional Governance bildet ein integratives Bindeglied für den Themenbereich „sozial-ökologische Transformation und gesellschaftliche Innovation“ sowie für die Problemdimensionen „Grundlagenprobleme und Methodenentwicklung“ und „Umsetzungsprobleme und Praxisbezüge“. Aufgrund des lokal-regional orientierten, aber gleichzeitig auch international / global ausgerichteten Forschungsansatzes erfüllt die Governance-Thematik quasi selbständig die Funktion einer potenziellen Brücke zwischen den verschiedenen Ebenen, Perspektiven und Disziplinen.

Das Sondierungsprojekt „Local und Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung“ zeigt auf, dass der Schritt von der inhaltlichen Aufarbeitung einer sozial-ökologischen Steuerung der Gesellschaft zur tatsächlichen Anwendung mit betroffenen Akteuren vor Ort möglich ist. Die Forschungs- und Praxisrelevanz für die Lösung sozial-ökologischer Problemlagen und Konflikte ergibt sich durch die strategische Bedienung der räumlichen und gesellschaftlichen Umsetzungsebenen „Kommune“ und „Region“, die im Mittelpunkt der Lebens- und Arbeitswelt der Akteure stehen. Governance ist ein Instrument für eine von den Akteuren nachvollziehbare und erlebbare sozial-ökologische Transformation von Regionen in Richtung nachhaltiger Entwicklung. Dabei wurden mit Blick auf die sozial-ökologische Forschung folgende Arbeitspunkte aufbereitet:

- State of the art in der (inter-)nationalen Debatte um Local und Regional Governance
- Ziele / Inhalte, Akteure, Instrumente und Institutionen von Local und Regional Governance.

Im Mittelpunkt des Sondierungsprojektes stand das Herausfiltern von Gestaltungspotenzialen und Integrationsdefiziten für eine sozial-ökologische Transformation, die die Analyse neuer Steuerungsformen, neuer Macht- und Entscheidungsstrukturen, von Konfliktfeldern, neuen Akteurskonstellationen und Kooperationen sowie von räumlichen und thematischen Schnittstellen umfasst.

Von besonderer Bedeutung war in diesem Zusammenhang die Thematisierung und Analyse von sozial-ökologischen *Gestaltungskompetenzen* in Bezug auf eine nachhaltige Raumentwicklung. Dies geschah im Rahmen eines engen Austausches auf nationaler und internationaler Ebene mit Experten aus Forschung und Praxis, die sich mit einer sozial-ökologischen Transformation von Kommunen und Regionen aus unterschiedlichen Perspektiven und Disziplinen beschäftigen.

8 Zusammenfassung der Ergebnisse

Der dynamische Wandel von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft verändert die Bedingungen, Kapazitäten und Fähigkeiten einer Steuerung räumlicher und gesellschaftlicher Entwicklung. Im Zusammenspiel mit dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung ergeben sich im politisch-räumlichen Mehrebenensystem tiefgreifende Veränderungen: die sozial-ökologischen Problem- und Steuerungsebenen fallen auseinander. Vor diesem Hintergrund werden Steuerungskompetenzen, -fähigkeiten und -kapazitäten räumlich und politisch neu gefasst. Dabei erfährt die lokale und regionale Handlungsebene eine deutliche Aufwertung.

Gerade auf der lokal-regionalen Ebene haben sich sowohl modifizierte als auch neue Formen politisch-institutioneller Steuerung, kooperativer Regelungsstrukturen und zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation entwickelt. Eine Ursache dafür sind bottom-up Ansätze und Aktivitäten im Rahmen von Agenda 21-Prozessen, Netzworkebildungen und neuen Kooperationsformen von Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Die damit einhergehende Prozess- und Akteursorientierung sowie das Zusammenspiel der drei Steuerungsformen Hierarchie, Markt und Netzwerk / Zivilgesellschaft befördern den Aufbau von Governancestrukturen: Ansätze von Local und Regional Governance für eine nachhaltige Entwicklung.

Neue Steuerungsformen werden unabhängig von ihrer begrifflichen Festlegung dabei häufig als Chance verstanden, eine sozial-ökologische Transformation im Sinne einer nachhaltigen Raumentwicklung zu initiieren, zu befördern und zu steuern.

- **Schnittstellenmanagement als Schlüssel zu Governanceformen und -reichweiten**

Entscheidende Akteure dieses Prozesses sind, nach Meinung der befragten Experten, sog. „Schnittstellenkoordinatoren“ – meist öffentliche Akteure – (Börzel, MPG Bonn), die sich um den Austausch und die Koordination unterschiedlicher Ressourcen der Akteure bemühen. Potenziell sind alle öffentlichen (z.B. Administration, Parlamente) oder privaten Akteure wichtig für wirksame Governance-Prozessstrukturen, entscheidend dabei ist allerdings die Konstellation und die Motivation der beteiligten Akteure. Innovationswillen der lokal agierenden Politiker sowie lokale Bezüge aller anderen Akteure sind zudem eine wichtige Zusatzvoraussetzung, die den Kommunikations- und Verhandlungsprozess positiv befördern. Prinzipiell sind also alle Akteure denkbar, was dem dynamischen Charakter von regionaler Governance entspricht und nicht notwendigerweise neuen Akteursstrukturen.

Als strittig erweist sich jedoch die Frage, ob ein Bedarf an institutionellen Reformen existiert. Selbstverständlich sind diese wiederum vom jeweiligen regionalen Kontext abhängig sowie von der Wandlungsfähigkeit der bestehenden Institutionen. Victor Jones machte das Funktionieren von Regional Governance abhängig von der Existenz einer regionsweit operierenden Instanz zur Koordinierung der „*numerous special-purpose bodies in the region*“. Auch in den anderen europäischen Ländern wird die Notwendigkeit institutioneller Reformen betont. Im Sinne zu entwickelnder konzertanter Handlungsmechanismen sollte zukünftig eine größere Durchschaubarkeit der Aktivitäten auf regionaler Ebene angestrebt werden. Hierzu gehören auch etwaige Kontrollstrukturen und partizipatorische Entscheidungsfindungsprozesse sowie die dazugehörigen Konstellationen.

Die Benennung zentraler Instrumente für regionale Governance ist stark von positiven und eher unreflektierten Erwartungen geprägt. Instrumente müssen demnach für „gute Praktiken“ sorgen, Management- und Steuerungslücken füllen sowie in vielerlei Hinsicht kombinierbar sein. Instrumente für regionale Governance müssen die Theorie mit der Praxis und mit wissenschaftlich empirischen Erkenntnissen verknüpfen können. Von ihnen müssen „Spielregeln“ und Moderationsverfahren für die Erhaltung regionaler Akteursnetzwerke ableitbar sein – quasi ein Werkzeugkasten zur Kontextsteuerung (vgl. Ravetz 2000). Wie die Instrumente im Einzelnen aussehen sollten hängt in starkem Maße von den regionalen und auch lokalen Rahmenbedingungen ab sowie der strategischen Ausrichtung gemäß derer sie eingesetzt werden.

Governance wird somit – auch von den Autoren – als ein Instrument (im Sinne eines Instrumentenkastens) zur Implementierung eines strategischen Prozesses in Richtung Nachhaltigkeit und sozial-ökologischer Transformation definiert. Verbunden ist dies mit einer Macht- und Kompetenzverschiebung im Bereich der Steuerung gesellschaftlicher Entwicklung. Die skizzierten Praxisbeispiele stehen stellvertretend für zahlreiche lokal-regionale Aktivitäten in Deutschland und in Europa, die erste Ansätze einer pro-aktiven Steuerung sozial-ökologischer Transformation von Regionen realisieren. Trotz der unterschiedlichen räumlichen und damit auch sozial-ökologischen Ausgangs- und Problemlagen, lassen sich für die Kernelemente Ziele / Inhalte, Akteure und Instrumente wesentliche Gemeinsamkeiten herausstellen:

- Klassische Struktur- und Förderprogramme sowie traditionelle Entscheidungs- und Kommunikationsmuster können zur Lösung von sozial-ökologischen Problemlagen für eine nachhaltige Entwicklung nur noch wenig beitragen.
- Erst die Neukonstellation von Akteuren im Rahmen von Governance ermöglicht die Besetzung sozial-ökologischer Themen und eröffnet neue Lösungsperspektiven.
- Eine integrative Themen- und Handlungsfeldbearbeitung schafft Bewusstsein für das sozial-ökologische System ‚Region‘ und erhöht somit die regionale Problemlösungskompetenz.

- Governance weist durch den Aufbau neuer und z.T. paralleler Steuerungsstrukturen (Governance neben Government) eine gewisse Konflikthaftigkeit auf.

Im Gegensatz zum europäischen Diskurs ist der räumliche Zugang zu Governance in Deutschland zumindest in der sozial-ökologischen Forschungslandschaft bislang nur sehr eingeschränkt aufgegriffen worden. Kennzeichnend ist eine eher zu unkritisch geprägte Auseinandersetzung mit Governance, die zudem beim räumlichen Bezug häufig zu stark in sektoralen Zugängen und bestehenden administrativen Konstrukten verhaftet bleibt. Zwischen dem Anspruch an eine ganzheitliche und integrative Sichtweise und den eher disziplinverhafteten Beiträgen besteht ein signifikanter Widerspruch. Eine Aufarbeitung dieser Defizite steht erst am Anfang. Ein Management der Schnittstellen zwischen den verschiedenen räumlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Governance-Ebenen fehlt. Die z.T. vorherrschende Betonung informeller Akteursstrukturen und eine Abgrenzung gegenüber traditionellen Steuerungsformen verstärkt den Legitimationsdruck, dem Governance unterliegt. Die Fragen nach der demokratischen Legitimation, den Effektivitäts-, Effizienz- und Legitimitätsgewinnen, Transaktionskosten, Grenzen und Gefahren sowie der Kontrolle bleiben bislang unbeantwortet.

Regional Governance lässt derzeit in der deutschen Debatte viele Forschungsfragen offen:

- Welche institutionellen und instrumentellen Voraussetzungen benötigt Regional Governance?
- Welche regionspezifischen Ausgangslagen bilden welche Governance-Styles aus?
- Wer muss und darf in welcher Konstellation für die Region strategisch denken?
- Wie gelingt es, Unternehmen als strukturpolitische Akteure in Governancestructuren für nachhaltige Raumentwicklung einzubinden?
- Wer *macht* Governance und wie ist Local und Regional Governance organisiert?
- In welcher Art und Weise beeinflussen die vorherrschenden Geschlechter- und Verteilungskonstrukte (Gender) regionale Entwicklungsprozesse und wie können diese geschlechtergerecht nachhaltig transformiert werden?
- Wie werden Nachhaltigkeitsprinzipien in Prozessen von Regional Governance eingebettet?
- Welche Erfolgsbedingungen verspricht man sich von Regional Governance und wo sind dabei die Grenzen zu anderen Steuerungsansätzen?
- Wie verhält sich Regionale Governance zu Raumentwicklungstendenzen im Kontext von Globalisierungstendenzen?
- Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen Governance und Government?

Regional Governance verstanden als strategischer Prozess für eine nachhaltige Raumentwicklung steht vor der entscheidenden Herausforderung, wie die Spielregeln, insbesondere der Kommunikationsprozesse regionaler Entwicklung bestimmt werden. Insgesamt werden sich die politisch-rechtlichen Rahmenbedingungen für räumliche Entwicklung seitens der Landes-, Bundes- und EU-Ebene in den nächsten Jahren grundsätzlich verändern. Entsprechende Programme werden sich vorrangig an neue regionale Akteurskonstellationen, Entwicklungs- und Projektträgerstrukturen richten. Auf europäischer Ebene schickt sich die EU-Kommission an, entsprechend abgestimmte Rahmenbedingungen spätestens ab 2007 einzuführen. Regionen, die derzeit Governancestrukturen vor Ort „testen“, haben sich – auch mit Blick auf die Fördermittelakquisition – auf den Weg in Richtung Zukunftsfähigkeit gemacht.

Eine erfolgreiche Umsetzung einer sozial-ökologischen Transformation und einer nachhaltigen Entwicklung hat nur dann eine Chance, wenn es gelingt, diese auf der lokal-regionalen Ebene flächendeckend zu etablieren. Local und Regional Governance bietet hierfür ein Instrument zur Steuerung der räumlichen Entwicklung und Bedienung der verschiedenen Schnittstellen.

9 Summary of the project results

Dynamic changes of the economy, environment and society modify the conditions, capacities and abilities to steer spatial and economic development.. Combined with the model of sustainable development, deep changes occur in a political multi-level system: social-ecological problems and the steering systems diminish. In view of this, the regulation competence, capacity and ability are arranged in new ways. At the same time, the local and regional activities experience an obvious increase in value.

At the local–regional level, modified and also new forms of political-institutional regulation, of co-operative regulation systems and of civil self-organisation have come up. Reasons for this are the bottom-up approach and the activities within the framework of the Agenda 21 processes, the setting up of networks and new forms of co-operation between industrial, political, and civil society. The orientation on *process* and *actors* which accompanies this, as well as the interaction of the three governance styles (hierarchy, market and networks/civil society) contribute to the creation of governance structures: approaches of local and regional governance for a sustainable development.

New forms of governance are frequently seen as a chance to initiate, promote and steer sustainable development, independently of their conceptual termination, for a social-ecological transformation.

- **Interface management as a key to governance styles and scopes**

According to the experts' opinion, crucial actors of these processes are the "interface coordinators" – mainly the public actors - (Börzel, MPG Bonn), who try to insure the exchange and co-ordination of the different actors resources. All public (i.e. administration or parliament) or private actors are potentially important for an efficient structure of governance processes, and what is crucial here is the combination and motivation of the actors involved. In addition, the willingness to innovation of the local politicians and also the local connections of all the other actors are important additional conditions that promote the process of communication and negotiation. Theoretically, every actor can take part in the governance structure.

One controversial question is about the existence of needed institutional reforms. Of course, these depend on the regional context and on the adaptability of the prevailing institutions. Victor Jones showed the link of the functioning of regional governance to the existence of an instance at the regional level, which coordinates the "numerous special-purpose bodies in the region". In other European countries, the utility of institutional reforms is clear as well. In the future, a wider transparency of regional activities is demanded. This also includes possible control-structures and participative decision-making processes as well as the corresponding constellations of actors.

The definition of central instruments for regional governance is characterized by positive and rather unreflected expectations. These instruments must ensure the "good practices", must fill in management- and regulation-gaps and be combinable in many fields. Instruments for regional governance must combine theory and practice as well as economic empirical knowledge. They have to set the "rules of the game" and the presentation processes for the support of regional networks of actors– quasi a toolbox for contextual regulation. (Ravetz 2000). The form of each instrument mainly depends on regional and local basic conditions as well as on the strategic orientations they were launched for.

Therefore, governance is defined as an instrument in the context of an instruments toolkit for the implementation of strategic process with the aim of sustainability and social-ecological transformation. This is linked to a shift of power and competence regarding regulation of economic development. The examples stand in place for many local / regional activities in Germany and Europe, the first approaches to a pro-active regulation of social-ecological transformations operated by regions. In despite of different spatial and also social-ecological starting positions and problems, the following common grounds concerning the aims / contents, actors and instruments can be distinguished:

- Classical structure- and support-programs as well as traditional decision- and communication-models can hardly contribute to resolve social-ecological problems for sustainable development.
- The new constellation of actors concerning governance enables the work on social-ecological issues and opens new resolving dimensions.
- An integrated researching process on issues and thematic questions increases awareness/consciousness of the social-ecological system "region" and the resolving competence.
- Governance includes many areas of conflict by creating new and parallel structures (governance near government).

Until now, in Germany - in contrast to the European discourse - the spatial access to governance has been only partly implemented, at least concerning social-ecological research.

Rather typical is an uncritical examination of governance, which often remains too strongly applied in a sectoral and administrative matter. There is an important contradiction between the need of a global and integrative vision and the contributions, which are typically separated in disciplines. We just start to eliminate these deficits. There is *no management of linkages* between the spatial, social and economic governance networks. The insistence on informal structures of actors and the separation of traditional regulation forms strengthen the legitimisation effect that governance emphasizes. Till now, the questions about democratic legitimation, gain on effectiveness, efficiency and legitimacy, costs of transactions, limits and dangers, as well as control have not been answered.

Regional governance still entails many issues for research in the German debate:

- Which institutional and instrumental conditions does regional governance need?
- Which regional specificities do influence the governance styles?
- Who has to / must think the strategies for the regions and in which constellation?
- How to link enterprises as actors of the political structure, in structures of governance for a sustainable development.
- Who does governance and how is local and regional governance organised?
- In which way do the predominant gender specific frameworks influence the regional development process and how can it be genderely and sustainably changed?
- How are the sustainability principles embedded in the process of regional governance?
- Which conditions of success does the regional governance bring and where are the limits to other regulation fields?

- How does regional governance turn up concerning the trend to spatial development in the context of globalisation?
- Which linkages exist between governance and government?

Regional governance, defined as a strategic process for a sustainable spatial development, is a crucial condition to determine the rules of the game (particularly the communication processes of regional governance). In the coming years, the political and legal action conditions for the development at the local, national and European levels will be fundamentally changed. The corresponding programs will be orientated to new regional constellations of actors and structures of development. At the European level, the EU-Commission will implement the corresponding framework conditions from 2007 on, at the latest. Regions, which are currently testing governance structures, are in time, with the focus on acquisition of future funds.

A successful implementation of social-ecological transformation and sustainable development has only a chance if it is a matter of establishing it from a regional level over a wide area. Therefore local and regional governance is an instrument for regulation and steering of spatial development.

10 Literatur

- AG Land- und Regionalentwicklung GH Kassel (Hrsg., 2001): Netzwerke in der Regionalentwicklung. = arbeitsergebnisse, Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Land- und Regionalentwicklung GH Kassel, H. 52. Kassel.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) (Hrsg., 2000): Rahmenkonzept Sozial-ökologische Forschung. Bonn.
- Bundesumweltministerium (BMU) (1992): Umweltpolitik. Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn
- Brand, U. / Brunnengräber, A. / Schrader, L. / Stock, C. / Wahl, P. (2000): Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung? Münster.
- Brendle, Uwe (1999): Musterlösungen im Naturschutz – Politische Bausteine für erfolgreiches Handeln. (= Hrsg. Bundesamt für Naturschutz – BfN). Bonn.
- Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg., 2000): Handbuch Gute Beispiel einer nachhaltigen regionalen Raum- und Siedlungsentwicklung (= Werkstatt: Praxis Nr. 1/2000). Bonn. (IÖW-Studie im Auftrag des BBR)
- Commission on Global Governance (1995): Our Global Neighbour. Cambridge.
- Cooke, P. / Boekholt, P. / Tödtling, F. (2000): The Governance of Innovation in Europe. Regional Perspectives on Global Competitiveness. London.
- Danson, M. (Hrsg., 1997): Regional Governance and Economic Development. London
- De Schutter, O. / Lebessis, N. / Paterson, J. (Hrsg. 2001): Governance in the European Union. Luxembourg.
- Deutscher Naturschutzring (DNR) (2001): Good Governance: Weißbuch „Gutes Regieren“. In: EU-Rundschreiben 9+10/2001. S. 3-5.
- Douthwaite, R. / Diefenbacher, H. (1998): Jenseits der Globalisierung. Handbuch für lokales Wirtschaften. Mainz.
- European Commission (2000): Sustainable governance. Institutional and procedural aspects of sustainability. Luxembourg.
- European Commission (2001a): Consultation paper for the preparation of a European Union strategy for Sustainable Development. Luxembourg.
- European Commission (2001b): Whitebook "Good Governance". Luxembourg.
- Fürst, D. (2001): Regional governance zwischen Wohlfahrtsstaat und neoliberaler Marktwirtschaft. In: www.laum.uni-hannover.de/ilr/
- Fürst, D. / Schubert, H. / Rudolph, A. / Spiekermann, H. (1999): Regionale Akteursnetzwerke zwischen Sozialkapital und regionaler „Governance“ – Erste Überlegungen. In: www.ies.uni-hannover.de/F21.
- Genosko, J. (1999): Netzwerke in der Regionalpolitik. Marburg
- Heinz, W. (Hrsg., 2000): Stadt & Region – Kooperation oder Koordination? Ein internationaler Vergleich. Schriften des Deutschen Instituts für Urbanistik, Band 93. Stuttgart.
- Hübler, K.-H. / Kaether, J. (Hrsg., 1999): Nachhaltige Raum- und Regionalentwicklung – wo bleibt sie? Befunde, Perspektiven und Vorschläge. Berlin.
- IÖW (Hrsg., 2000): Regionales Entwicklungskonzept für die Region Flensburg/Schleswig. (= Schriftenreihe des IÖW, Nr. 145). Berlin.
- IÖW (Hrsg., 1999): Regionale Agenda 21 im Oberbergischen Kreis. (Schriftenreihe des IÖW, Nr. 144). Berlin.

- IWÖ/IFOK (Hrsg.) (1998): Institutionelle Reformen für eine Politik der Nachhaltigkeit. Berlin.
- Jahn, T. / Sons, E. / Stieß, I. (2000): Forschungspotentiale und Handlungsbedarf der sozial-ökologischen Forschung. Ergebnisse der Auswertung der eingereichten Anträge zur Förderung von Sondierstudien. Endbericht. ISOE (Hrsg.). Frankfurt a.M.
- Kern, A. (1999): Regionale Kommunikation. Theorien, Konzepte und Beispiele aus der Regionalentwicklung. Wien.
- Keasey, K. / Wright, M. (1997): Corporate Governance. Responsibilities, Risks and Remuneration. Chichester.
- Knieling, J. (2000): Leitbildprozesse und Regionalmanagement. Ein Beitrag zur Weiterentwicklung des Instrumentariums der Raumordnungspolitik. Frankfurt a.M.
- Krumbein, W. (Hrsg., 1994): Ökonomische und politische Netzwerke in der Region. Beiträge aus der internationalen Debatte. Münster.
- Kühn, M. / Moss, T. (Hrsg., 1998): Planungskultur und Nachhaltigkeit. Neue Steuerungs- und Planungsmodelle für eine nachhaltige Stadt- und Regionalentwicklung. Berlin
- Lafferty, W. M. (2000): Democratic Parameters for Regional Sustainable Development: The need for a new demos with a new rationality. ENSURE/SUSTAIN Symposiums-Tischvorlage am 13.-15.11.00 in Seggau, Österreich.
- Mayer-Ries, J. F. (1998): Kooperation in der Region – Ein Ansatz für nachhaltige Entwicklung. Tagungsband Loccumer Protokolle 71/97. Rehburg-Loccum.
- Messner, D. (2000): Global Governance: Anpassungsdruck für Nationalstaaten und Anforderungen an Unternehmen. In: Fichter, K. / Schneidewind, U. (Hrsg.): Umweltschutz im globalen Wettbewerb. Berlin. S. 61 - 72.
- Molitor, R. (2000): Sustainable Referees? Experiences with the monitoring of regional agenda 21 process. In: Making sustainable regional development visible – Evaluation methods and indicators in the regional context (ENSURE, Sustain Hrsg.) S. 13 - 15.
- Molitor, R. (1998): Typen, Ebenen und Elemente Nachhaltiger Regionalentwicklung. In: Ökologisches Wirtschaften H.5/98, S. 12f.
- Molitor, R. / Nischwitz, G. (Hrsg., 2002a): Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung in der Region - KOMREG. (= Schriftenreihe des IÖW, Nr. 160). Berlin.
- Molitor, R. / Nischwitz, G. (2002b): Kommunikation konstituiert nachhaltige Regionalentwicklung. In Ökologisches Wirtschaften H. 1/2002, S. 10-11.
- Molitor, R. / Nischwitz, G. / Fiebig, T. (2001): Regionale Good Practices - Q.U.E.R. Quintessenz und Erkenntnisse für die Raumordnung (= Diskussionspapiere des IÖW, Nr. 51). Berlin.
- Molitor, R. / Schneider, R. (2001): REGIONALE 2006 – Spurwechsel zur Nachhaltigkeit durch ein regionales Strukturprogramm. In: arbeitsergebnisse, Zeitschrift der AG Land- und Regionalentwicklung an der GH Kassel, H. 52. Netzwerke in der Regionalentwicklung, S. 26 - 35.
- Nischwitz, G. (2002): Die Agrarwende – Motor einer nachhaltigen Regionalentwicklung? In: AgrarBündnis (Hrsg.): Landwirtschaft 2002. Der Kritische Agrarbericht, S. 148-152. Rheda-Wiedenbrück.
- Nischwitz, G. (2002): Regionale Agenda 21 – Eine Lösung für den ländlichen Raum? In: Bickwedde, F (Hrsg.): Umweltkommunikation – vom Wissen zum Umwelthandeln. 7. Internationale Sommerakademie der DBU. Bramsche (in Vorbereitung)
- Nischwitz, G. (2000): Chancen und Grenzen regionaler Wirtschaftskreisläufe. In: Deutsche Bundesstiftung Umwelt, DBU (Hrsg.): „Umwelt im Dialog - Neue Wege zu Nachhaltigen Konsumverhalten“. S. 199 - 213. Berlin.
- Nischwitz, G. (1999): Regionale Agenda 21. In: punkt.um, Nr. 11/99. S. 12 - 13. München.
- Nischwitz, G. / Bartelt, A. (2001): Regionales Entwicklungskonzept „Zwischen Hase und

- Hunte im Osnabrücker Land". CD Rom des Landkreises Osnabrück.
- Nischwitz, G. / Brockmann, J. (2002): Fördernde und hemmende Faktoren für regionale Produktion und Vermarktung. 3. aktualisierte und überarbeitete Auflage (= NABU und DLV Hrsg.). Bonn.
- Nischwitz, G. / Molitor, R. (2001): Regional Governance – Motor einer nachhaltigen Entwicklung? In: Ökologisches Wirtschaften, H. 3-4, S. 24 - 25.
- Nischwitz, G. / Molitor, R. (2000): Erfahrungen mit einer Regionalen Agenda 21. Das Beispiel Oberbergischer Kreis. In: Pro Regio 24-25/2000, S. 41-50.
- Petschow, U. / Hübner, K. / Dröge, S. / Meyerhoff, J. (1998): Globalisierung und Nachhaltigkeit. Berlin.
- Petschow, U. / Clausen J. (2001): Hin zur Sustainability Governance. In: Ökologisches Wirtschaften, H. 3-4. S. 14 - 15.
- Ravetz, J. (2000): City Region 2020. Intergrated Planning for a Sustainable Environment. London
- Ravetz, J. (2002): Sustainable Regional Development: Communication systems, information systems, political & economic system. In: Molitor, R. / Nischwitz, G. (Hrsg., 2002): Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung in der Region - KOMREG. (= Schriftenreihe des IÖW, Nr. 160). Berlin. S. 65 - 73.
- Seele, K. / Sinning H. (2000): Was? Wer? Wie? Warum? Voraussetzungen und Möglichkeiten einer nachhaltigen Kommunikation. Dortmund.
- Smith, B. / Buček, J. (2000): New structures of local governance. In: Environment and Planning C: Government and Policy, H. 18(1), S. 1 - 2.
- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg., 1995): Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. Bonn.
- Sweeney, G. (1998): Sustainable Regional Development. Communities and Policy. In: Ökologisches Wirtschaften H.5/98, S. 14f.
- TAURUS (2000): Globalisation, sustainable development and regional governance. (= TAURUS Diskussionspapier Nr. 4). Trier
- United Nations Development Programme (UNDP) (1997): <http://magnet.undp.org/>
- Vanhoudt, P. (2000): Schwerpunkt regionale Konvergenz: „Mehr ist nicht immer besser“. In: Europäische Investitionsbank (Hrsg.) Informationen 2-2000, Nr. 105, S. 23 - 25. Luxemburg.
- Verein zur Förderung des Steirischen Vulkanlandes (2001): Regionaler Entwicklungsplan im Rahmen des LEADER+ Programms Österreich 2000 – 2006. Regionaler Entwicklungsplan der LAG Steirisches Vulkanland. Feibach.
- Young, O. R. (1997): Global Governance. Drawing Insights from the Environmental Experience. London.
- Zürn, M. (1998): Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt a.M.

Internet

- <http://sef-bonn.org/sef/diesef/glo-gov.html>
- <http://magnet.undp.org/>
- www.bbr.bund.de
- www.european-association.org/ensure
- www.ifr-ev.de/jahrestagung/tagung2000-ag1.htm
- www.inforegio.cec.eu.int
- www.innoregio.de
- www.leaderplus.de
- www.modellregionen.de
- www.reginet.de
- www.rural-europe.aeidl.be
- www.staedtenetzforum.de
- www.staedte-der-zukunft.de
- www.zukunftsregionen.de

Publikationen des Instituts für ökologische Wirtschaftsforschung

Das IÖW veröffentlicht die Ergebnisse seiner Forschungstätigkeit in einer Schriftenreihe, in Diskussionspapieren sowie in Broschüren und Büchern. Des Weiteren ist das IÖW Mitherausgeber der Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“, die allvierteljährlich im oekom-Verlag erscheint, und veröffentlicht den IÖW-Newsletter, der regelmäßig per Email über Neuigkeiten aus dem Institut informiert.

Schriftenreihe/Diskussionspapiere



Seit 1985, als das IÖW mit seiner ersten Schriftenreihe „Auswege aus dem industriellen Wachstumsdilemma“ suchte, veröffentlicht das Institut im Eigenverlag seine Forschungstätigkeit in Schriftenreihen. Sie sind direkt beim IÖW zu bestellen und auch online als PDF-Dateien verfügbar. Neben den Schriftenreihen veröffentlicht das IÖW seine Forschungsergebnisse in Diskussionspapieren – 1990 wurde im ersten Papier „Die volkswirtschaftliche Theorie der Firma“ diskutiert. Auch die Diskussionspapiere können direkt über das IÖW bezogen werden. Informationen unter www.ioew.de/schriftenreihe_diskussionspapiere.

Fachzeitschrift „Ökologisches Wirtschaften“



Ausgabe 2/2010

Das IÖW gibt gemeinsam mit der Vereinigung für ökologische Wirtschaftsforschung (VÖW) das Journal „Ökologisches Wirtschaften“ heraus, das in vier Ausgaben pro Jahr im oekom-Verlag erscheint. Das interdisziplinäre Magazin stellt neue Forschungsansätze in Beziehung zu praktischen Erfahrungen aus Politik und Wirtschaft. Im Spannungsfeld von Ökonomie, Ökologie und Gesellschaft stellt die Zeitschrift neue Ideen für ein zukunftsfähiges, nachhaltiges Wirtschaften vor. Zusätzlich bietet „Ökologisches Wirtschaften online“ als Open Access Portal Zugang zu allen Fachartikeln seit der Gründung der Zeitschrift 1986. In diesem reichen Wissensfundus können Sie über 1.000 Artikeln durchsuchen und herunterladen. Die Ausgaben der letzten zwei Jahre stehen exklusiv für Abonnent/innen zur Verfügung. Abonnement unter: www.oekom.de.

IÖW-Newsletter

Der IÖW-Newsletter informiert rund vier Mal im Jahr über Neuigkeiten aus dem Institut. Stets über Projektergebnisse und Veröffentlichungen informiert sowie die aktuellen Termine im Blick – Abonnement des Newsletters unter www.ioew.de/service/newsletter.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.ioew.de oder Sie kontaktieren die

IÖW-Geschäftsstelle Berlin
Potsdamer Straße 105
10785 Berlin
Telefon: +49 30-884 594-0
Fax: +49 30-882 54 39
Email: [vertrieb\(at\)ioew.de](mailto:vertrieb(at)ioew.de)



| i | ö | w

INSTITUT FÜR
ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

GESCHÄFTSTELLE BERLIN

MAIN OFFICE

Potsdamer Straße 105

10785 Berlin

Telefon: + 49 – 30 – 884 594-0

Fax: + 49 – 30 – 882 54 39

BÜRO HEIDELBERG

HEIDELBERG OFFICE

Bergstraße 7

69120 Heidelberg

Telefon: + 49 – 6221 – 649 16-0

Fax: + 49 – 6221 – 270 60

mailbox@ioew.de

www.ioew.de